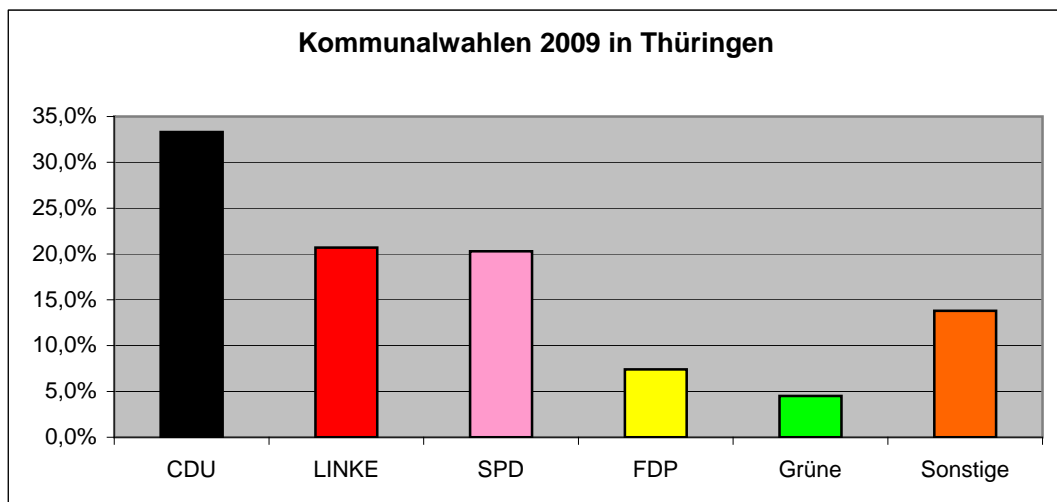


Arnstadt, Oktober 2009

Analyse der Ergebnisse der Partei DIE LINKE zu den Thüringer Kommunalwahlen 2009



*erstellt im Auftrag des
Kommunalpolitischen Forums Thüringen e.V.*

Kommunalpolitisches Forum Thüringen e.V.

Landesgeschäftsstelle
Topfmarkt 4
98693 Ilmenau

www.kopofor-thuer.de

mail: info@kopofor-thuer.de

fon: 03677 – 20 81967
fax: 03677 – 20 81 920

Steffen Dittes

Zimmerstraße 6
99310 Arnstadt

www.steffen-dittes.de
www.bildungsspektrum.de

mail: webmaster@steffen-dittes.de

fax: 03221 – 23 23 044

Gliederung:

0. Allgemeines

1. Darstellung und Bewertung der Ergebnisse der Partei DIE LINKE

1.1. Wahlen zu den Stadträten der kreisfreien Städte und Kreistagswahlen

1.2. Einzelergebnisse zu den Wahlen der Stadträte der kreisfreien Städte und der Kreistage

- a) Stadt Erfurt
- b) Stadt Gera
- c) Stadt Suhl
- d) Stadt Weimar
- e) Landkreis Eichsfeld
- f) Altenburger Land
- g) Landkreis Gotha
- h) Schmalkalden-Meiningen
- i) Saale-Holzland-Kreis

1.3. Einfluss der Abschaffung der 5%-Hürde bei den Kommunalwahlen

1.4. Auswirkungen der Wahlergebnisse der Freien Wähler und anderer freier Wählergruppen auf das Wahlergebnis der Partei DIE LINKE

1.5. Auswirkung von Spitzenkandidaturen

1.6. Auswirkung der Wahlbeteiligung auf das Ergebnis der Partei DIE LINKE

1.7. Ergebnisse der NPD zu den Wahlen der Kreistage und Stadträte der kreisfreien Städte

2. Wahlen zu Stadt- und Gemeinderäten

2.1. Einzelergebnisse zu den Wahlen der Stadt- und Gemeinderäte

- a) Arnstadt
- b) Artern
- c) Bad Blankenburg
- d) Eisfeld
- e) Pößneck
- f) Sömmerda

3. Wahlen der Bürgermeister und Ortsteilbürgermeister

3.1. Wahlen der Bürgermeister

3.2. Wahlen der Ortsteilbürgermeister

3. Thesen zu den PDS-Ergebnissen

0. Allgemeines

Die Wahlen zu den Kreistagen, Stadt- und Gemeinderäten sowie der Bürgermeister und Ortsteilbürgermeister in Thüringen fand am 7. Juni 2009 statt und war damit mit der zeitgleich stattfindenden Wahl zum Europäischen Parlament der Auftakt der insgesamt drei Wahltage in Thüringen. Sie galten somit als wichtigstes Stimmungsbarometer für die Landtags- und Bundestagswahlen, die für die Partei DIE LINKE strategisch sehr viel wichtiger waren.

Auf Landesebene trat DIE LINKE sehr offensiv mit einem Ministerpräsidentenkandidaten und dem Anspruch an, regieren zu wollen. Auf Bundesebene galt es, den Wahlerfolg aus dem Jahr 2005 zu wiederholen und das avisierte Ziel 10% plus x mit herausragenden Ergebnissen in den neuen Bundesländern zu ermöglichen.

Aber natürlich hatte die Partei DIE LINKE auch für die Kommunalwahlen ehrgeizige Ziele. Vor fünf Jahren wurde sie in Thüringen zweitstärkste politische Kraft. Grundlage für diesen Erfolg war ein Zugewinn von über sechs Prozent im Jahr 2004 gegenüber den Wahlen für die Kreistage und Stadträte der kreisfreien Städte im Jahr 1999. In den kreisfreien Städten Gera, Jena und Suhl hatte DIE LINKE den Status als stärkste Fraktion zu verteidigen, ebenso in den Kreisstädten Arnstadt, Bad Salzungen, Hildburghausen und Sömmerda sowie in 15 weiteren Städten und Gemeinden. Die zeitgleich stattfindenden Europawahlen spielten in der öffentlichen Wahrnehmung nur eine untergeordnete Rolle.

Bei der Wahl zum Europäischen Parlament stimmten die Thüringer zu 31,1% für die CDU. Zwar war sie damit stärkste politische Kraft. Der Verlust von über sechs Prozent konnte allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass ein schweres Wahljahr für die CDU bevorstand. Auch DIE LINKE verlor 1,5% und erreichte 23,8%. Die SPD verharrte mit geringen Zugewinnen auf niedrigem Niveau von 15,7%. Einzig die FDP konnte mit einem Zugewinn von 4,0% und damit einer Verdopplung des Stimmenergebnisses einen Erfolg verzeichnen. Ansonsten brachten die Ergebnisse der Europawahl eher Ernüchterung für die politischen Parteien, denn Euphorie für die bevorstehenden Wahlen.

Die Kommunalwahlen reihten sich in dieses Bild nahtlos ein.

Befürchtungen im Vorfeld der Kommunalwahlen, dass die Wahlbeteiligung nochmals hinter das erschreckend geringe Interesse aus dem Jahr 2004 zurückfällt, haben sich

nicht bestätigt. Zwar ist die Wahlbeteiligung im Jahr 2009 mit etwa 53% immer noch besorgniserregend gering, verzeichnet aber eine geringe Steigerung gegenüber dem Jahr 2004.

Die Wahlbeteiligung bei den Wahlen am 07. Juni 2009 im Vergleich:

	Wahlbeteiligung 2009	Wahlbeteiligung 2004	Differenz
Wahlen der Stadträte der kreisfreien Städte und der Kreistage	53,2 %	50,6 %	+ 2,6 %
Wahlen der Stadt- und Gemeinderäte	53,3 %	50,7 %	+ 2,6 %
Wahlen der Bürgermeister ¹	64,2 %	63,2 %	+ 1,0 %
Wahlen der Ortsteilbürgermeister ²	54,8 %	53,3 %	+ 1,5%
Europawahlen	53,0 %	53,7 %	- 0,7 %

Die Ursachen für die geringe Wahlbeteiligung sind vielfältig. So spielt die geringe landesweite Polarisierung im Vergleich zu den Parlamentswahlen eine große Rolle. Auch gehen viele Menschen davon aus, dass Wahlen auf kommunaler Ebene und die daraus erzielten Ergebnisse nicht zu einer Veränderung der persönlichen Lebenssituation beitragen und deshalb subjektiv eine nochmals geringere Bedeutung als Landtags- und Bundestagswahlen besitzen. Weiterhin können die bereits im Jahr 2004 aufgestellten Thesen erneuert werden:

- Die Identifikation mit dem politischen System der Bundesrepublik ist nur geringfügig ausgeprägt, so dass das Wahlrecht nicht als ein staatsbürgerschaftliches Recht aber auch nicht als staatsbürgerschaftliche Verantwortung wahrgenommen wird.
- Die Akzeptanz bzw. die Zufriedenheit mit den politischen Parteien ist gering, so dass die Nichtwahrnehmung des Wahlrechtes eine bewusste Entscheidung gegen die etablierten politischen Parteien darstellt. Diese Einstellung findet ebenso ihren Ausdruck in den Wahlergebnissen für freie Wählergemeinschaften, die sich in erster Linie darüber charakterisieren, selbst keine „Partei“ zu sein.

Dass eine zunehmende Personalisierung von Kommunalpolitik Auswirkungen auf die Wahlbeteiligung hat, belegt die deutlich höhere Beteiligung an den Wahlen der Bürgermeister und Ortsteilbürgermeister. Genauer untersucht wird in einem Abschnitt deshalb, welche Auswirkungen die Personalisierung auch bei den Wahlen der Gebietskörperschaften für das Ergebnis der Partei DIE LINKE hatte.

¹ Am 07.06.2009 ohne Stichwahlen

² ohne Stichwahlen

Die gesetzlich nicht ausgeschlossene Kandidatur von kommunalen Wahlbeamten hat – wie auch bereits 2004 - im Vorfeld der Kommunalwahlen eine besondere Rolle gespielt. Insbesondere auf lokaler Ebene wurde die Frage der sogenannten Scheinkandidaturen diskutiert.

Der kommunalpolitische Sprecher der Landtagsfraktion der Partei DIE LINKE forderte etwa in einer Pressemitteilung vom 06. Mai 2009:

„Um der zunehmenden Verunsicherung der Bürger im Zusammenhang mit der Kandidatur von Bürgermeistern und Landräten bei den diesjährigen Kommunalwahlen zu begegnen, muss der Gesetzgeber für die Zukunft die so genannten Scheinkandidaturen verbieten“.

Dass dies keine in der Partei DIE LINKE einheitliche Auffassung ist, zeigten die Kandidaturen der Bürgermeister in Bad Blankenburg, Eisfeld, Hildburghausen und Sömmerda für den jeweiligen Stadtrat.

Zahlreiche Landräte und Bürgermeister haben letztlich von dem fehlenden gesetzlichen Verbot profitiert, von der Möglichkeit der Kandidatur Gebrauch gemacht und damit ihren jeweiligen Listen erhebliche Stimmen eingebracht. So bspw. in Erfurt, dort konnte Oberbürgermeister Bausewein (SPD) mit 51.480 Stimmen (66,7 % der SPD-Stimmen) mehr als dreimal soviel Stimmen erreichen wie die Spitzenkandidatin der Partei DIE LINKE, die mit 17.124 Stimmen dennoch das zweitbeste Ergebnis aller Einzelbewerber erzielen konnte.

Inwiefern sich ein Verbot der Kandidatur von kommunalen Wahlbeamten auf das Wahlergebnis der Parteien auswirkt, bleibt spekulativ.

Es ist aber davon auszugehen, dass dort, wo Landräte und Bürgermeister eine kommunal verankerte Partei bzw. Wählergemeinschaft repräsentieren, die Auswirkungen weniger stark sein dürften. So erreichte die SPD in Gotha mit einem auf ihren Bürgermeister abgestellten Wahlkampf („Knut helfen“) ein herausragendes Ergebnis, ohne dass dieser selbst aufgrund des Wohnsitzes kandidieren konnte.

Im Saale-Orla-Kreis regten sich Zweifel an der rechtlichen Zulässigkeit der sogenannten Scheinkandidaturen. Ein Kommunalpolitiker reichte eine Wahlanfechtung der Kreistagswahl mit eben dieser Begründung ein. Das Landesverwaltungsamt lehnte den Einspruch gegen die Wahl zum Kreistag ab.

Am 2. Oktober 2009 berichtete hierzu die Ostthüringer Zeitung:

„Es existiere keine gesetzliche Regelung, die eine Kandidatur hauptamtlicher Beamter für den Kreistag ausschließt. Zwar könne laut Thüringer Kommunalwahlgesetz in der Tat nicht eine Person gleichzeitig Landrat und gewähltes Kreis-

tagsmitglied sein. Das bedeute aber nur, dass sich die Person im Falle ihrer Wahl für eine Tätigkeit entscheiden muss.

Kommunalpolitiker Göschka hatte beantragt, die für den Landrat abgegebenen Stimmen ersatzlos zu streichen und das Ergebnis der Kreistagswahl neu festzustellen. Immerhin holte Roßner fast 8700 der insgesamt rund 27 000 für die SPD abgegebenen Stimmen allein. Eine rechtlich unzulässige Täuschung der Wähler liegt dennoch nicht vor, erklärt die Einspruchsbehörde und beruft sich auf ein einschlägiges Urteil des Oberverwaltungsgerichts Koblenz aus dem Jahr 1991. Die Thüringer Rechtslage entspreche der in anderen Bundesländern. Mit dieser Begründung gibt sich Jürgen Göschka aber nicht zufrieden. Er verweist auf einen Thüringer Rechtskommentar, wonach Bewerber auch "wegen mangelnder Ernsthaftigkeit" ihrer Kandidatur zu streichen sind. Der UBV-Abgeordnete erwägt nun den nächsten Schritt: Klage beim Verwaltungsgericht Gera.“

Die Auswirkungen der sogenannten Scheinkandidaturen der Bürgermeister mit Mandat der Partei DIE LINKE werden an späterer Stelle untersucht.

Landesweit besetzte kommunalpolitische Themen, die in den Wahlkampf der Parteien hineingestrahlt hätten, waren nicht feststellbar.

Allenfalls wäre das Zulassungsverfahren des Volksbegehrens „Für eine bessere Familienpolitik“ zu nennen. Vom 1. Mai 2009 bis zum 11. Juni 2009 mussten insgesamt 5.000 Unterschriften gesammelt werden, damit der Antrag auf Zulassung des Volksbegehrens das notwendige Quorum erreicht. Als Unterstützer des Volksbegehrens traten u.a. die Parteien DIE LINKE, SPD und Bündnis90/Die Grünen auf. Mit unterschiedlicher Intensität bezogen diese Parteien die Unterschriftensammlung in ihren Kommunalwahlkampf mit ein. Da die notwendigen 5.000 Unterschriften sehr früh gesammelt waren – bereits am ersten Tag der Unterschriftensammlung wurden mehr als 3.000 Unterschriften gesammelt –, gewann das Volksbegehren nie wirklich an Bedeutung für den Wahlkampf.

Darüber hinaus waren keine kommunalpolitischen Themen landesweit wirksam, eine Plakatierung mit ausgesprochenen kommunalpolitischen Inhalten war ebenso wenig festzustellen.

Allenfalls regional begrenzt entwickelten sich aktuelle Themen auch zu Wahlkampfthemen, wie etwa die Problematik der Wohnungsverkäufe in Triebes. DIE LINKE versuchte zwar mit thüringenweit eingebrachten Anträgen in den Kreistagen zur Ver-

sorgung von Schülern mit Schulmilch oder mit einzelnen Beiträgen zur Rekommunalisierung ein landesweit wahrnehmbares kommunalpolitisches Profil zu entwickeln. Letztlich orientierte sich aber die Wahlentscheidung eher an lokalen Diskussionen, Erfahrungen aus den vergangenen Jahren und an den kandidierenden Personen. Weniger orientierte sich das Wahlverhalten aber an einer grundsätzlichen Parteienbindung, wie ein Vergleich mit den zeitlich nachfolgenden Wahlen zum Thüringer Landtag und zum Deutschen Bundestag zeigen wird.

1. Darstellung und Bewertung der Ergebnisse der Partei DIE LINKE

1.1. Wahlen zu den Stadträten der kreisfreien Städte und Kreistagswahlen

Das Wahlergebnis für den Freistaat Thüringen der Stadträte der kreisfreien Städte und der Kreistage im Vergleich zu den Wahlen 2004:

	2009		2004		Entwicklung	
	Ergebnis in Stimmen	Ergebnis in %	Ergebnis in Stimmen	Ergebnis in %	Absolut	In %
CDU	962.648	33,3	1.137.667	40,9	-175.019	-7,6
LINKE³	597.901	20,7	685.989	24,6	-88.088	-3,9
SPD	585.635	20,3	433.095	15,6	+152.540	+4,7
FDP	212.503	7,4	131.613	4,7	+80.890	+2,7
Grüne	129.824	4,5	96.357	3,5	+33.467	+1,0
Sonstige ⁴	398.655	13,8	299.305	10,8	+99.350	+3,1

Bei den errungenen Mandaten stellt sich dies wie folgt dar:

	Mandate 2009	Mandate 2004	Entwicklung
CDU	343	433	-90
LINKE	222	269	-47
SPD	201	165	+36
FDP	78	32	+46
Grüne	46	22	+24
Sonstige ⁵	146	119	+27

In Unterscheidung der Ergebnisse für die Wahlen der Kreistage einerseits und andererseits der Stadträte der kreisfreien Städte stellt sich das Ergebnis für DIE LINKE wie folgt dar:

	2009		2004		Entwicklung	
	Ergebnis in Stimmen	Ergebnis in % ⁶	Ergebnis in Stimmen	Ergebnis in %	Absolut	In %
Kreistage	447.909	19,8	519.531	23,4	-71.622	-3,6
kreisfreie Städte	149.992	22,4	166.458	29,5	-16.466	-7,1

³ Um die Übersichtlichkeit zu verbessern, wurde darauf verzichtet, bei Vergleichen mit früheren Ergebnissen darauf zu verweisen, dass die heutige Partei DIE LINKE bis zum Jahr 2005 als PDS und bis zum Jahr 2007 als Linkspartei.PDS firmierte.

⁴ darunter die NPD

⁵ darunter die NPD

⁶ auf der Grundlage der abgegebenen gültigen Stimmen ermittelt

Errungene Mandate der Partei DIE LINKE im Vergleich:

	2009	2004	Entwicklung
Kreistage	163	193	-30
kreisfreie Städte	59	76	-17

Der Verlust von mehr als 17% der im Jahr 2004 erhaltenen Mandate ist dabei nur zu einem Teil auf den Wegfall der 5%-Hürde zurückzuführen, wie eine nachfolgende Betrachtung zeigen wird.

Der Verlust von etwa 90.000 Stimmen gegenüber der Kommunalwahl im Jahr 2004 ist deutlich, dass bedeutet immerhin - eine listenreine und vollständige Stimmabgabe vorausgesetzt -, dass im Jahr 2009 etwa 30.000 Menschen nicht überzeugt werden konnten, DIE LINKE zu wählen, die es noch im Jahr 2004 taten. Dies ist natürlich um so gravierender, da im Jahr 2009 die Wahlbeteiligung höher war, als im Jahr 2004. Tatsächlich gingen im Jahr 2009 etwa 29.000 Wähler mehr zur Wahl als im Jahr 2004. Von dieser höheren Wahlbeteiligung konnte DIE LINKE also nicht profitieren. Die höhere Wahlbeteiligung sorgte auch dafür, dass der absolute Verlust an Wählerstimmen im prozentualen Ergebnis des Anteils an den tatsächlichen Wählern nochmals verstärkte Darstellung erfahren hat.

Dennoch vermag dies nicht darüber hinwegzutäuschen, dass die geringe Wahlbeteiligung und die Fokussierung in der öffentlichen Wahrnehmung auf das rein prozentuale Ergebnis die tatsächliche Wählerbindung der Parteien verschleiert.

Deshalb an dieser Stelle eine Darstellung der Ergebnisse der Parteien gemessen an den wahlberechtigten Thüringerinnen und Thüringer. Ausgangspunkt für die folgende Darstellung sind 1.959.932 Wahlberechtigte in 2004 und 1.918.186 Wahlberechtigte in 2009, jedem Wahlberechtigten werden die maximal möglichen drei Stimmen und eine listenreine Stimmabgabe zur Vereinfachung unterstellt:

	2009			2004		
	Ergebnis in Stimmen	Unterstellte Wählerinnen	Anteil an Wahlberechtigten in %	Ergebnis in Stimmen	Unterstellte Wählerinnen	Anteil an Wahlberechtigten
CDU	962.648	320.883	16,7	1.137.667	379.222	19,3
LINKE	597.901	199.301	10,4	685.989	228.663	11,7
SPD	585.635	195.211	10,2	433.095	144.365	7,4
FDP	212.503	70.834	3,7	131.613	43.871	2,2
Grüne	129.824	43.274	2,3	96.357	32.119	1,6
Sonstige	398.655	132.885	6,9	299.305	99.768	5,1

In Gewinnen und Verlusten stellt sich dies wie folgt dar:

	Entwicklung absolut	Entwicklung in %
CDU	-58.339	-2,6
LINKE	-29.362	-1,3
SPD	+50.846	+2,8
FDP	+26.963	+1,5
Grüne	+11.155	+0,7
Sonstige	+33.117	+1,8

In dieser Darstellung wird nochmals deutlich, dass die Akzeptanz von Wahlen selbst auf der Ebene der Landkreise und der kreisfreien Städte trotz der leicht angestiegenen Wahlbeteiligung besorgniserregend gering ist.

Für die Ergebnisse der Partei DIE LINKE bei den Wahlen der Stadträte der kreisfreien Städte und der Kreistage stellt sich dies im Vergleich der Jahre 1999, 2004 und 2009 wie folgt dar.

	1999		2004		2009	
	Wahlbeteiligung	Ergebnis in %	Wahlbeteiligung	Ergebnis in %	Wahlbeteiligung	Ergebnis in %
DIE LINKE	58,3	17,9	50,6 %	24,6	53,2 %	20,7
	Wahlberechtigte	Anteil an Wahlberechtigten	Wahlberechtigte	Anteil an Wahlberechtigten	Wahlberechtigte	Anteil an Wahlberechtigten
	1.965.591	9,7	1.960154	11,7	1.918.186	10,7

Wenn der Verlust der Partei DIE LINKE bewertet werden soll, ist zu berücksichtigen, dass die Kommunalwahlen im Jahr 2004 zwei Wochen nach der Landtagswahl stattgefunden haben. Dort erreichte die Vorgängerpartei der Partei DIE LINKE mit 26,1% und einem Zugewinn von 4,8% ein hervorragendes Ergebnis, das motivierenden Einfluss auf Wahlkämpfer als auch potentielle Wähler der Partei hatte. Auf ein ähnlich motivierendes und mobilisierendes Ereignis wie 2004 konnte im Jahr 2009 nicht gesetzt werden. Dies gilt umgekehrt natürlich auch für den Landtagswahlkampf, der sich anders als im Jahr 2004 auf die durchaus auch positiv zu bewertenden guten Ergebnisse der Partei DIE LINKE stützen konnte, aber natürlich auch vom allgemeinen Bundestrend profitieren konnte.

Von Interesse ist dennoch eine Betrachtung der Wahlergebnisse der Partei DIE LINKE bei allen Wahlen im Jahr 2009. Stellt dieser Vergleich der Wahlergebnisse der Partei DIE LINKE zu den Wahlen im Jahr 2009 eine Grundlage für die Bewertung der unterschiedlichen Mobilisierungsfähigkeit dar. Entscheidend hierbei ist wieder die

Anzahl der tatsächlichen Wähler und das Wahlergebnis im Verhältnis zu den Wahlberechtigten.

	Wahlergebnisse 2009							
	Kreistage und kreisfreie Städte 07.06.2009		Europawahl 07.06.2009		Landtagswahl 30.08.2009		Bundestagswahl 27.09.2009	
	in %	absolut ⁷	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut
DIE LINKE	20,7	199.301	23,8	232.995	27,7	290.832	28,8	354.872

Anteil der Partei DIE LINKE an den Wahlberechtigten zu den Wahlen im Jahr 2009:

	Wahlergebnis in % der Wahlberechtigten			
	Kreistage und kreisfreie Städte 07.06.2009	Europawahl 07.06.2009	Landtagswahl 30.08.2009	Bundestagswahl 27.09.2009
	DIE LINKE	10,4	12,1	15,2

Zur Mobilisierungsfähigkeit der Wähler der Partei DIE LINKE untenstehend ein weiterführender Vergleich der Relationen der Wähler bei den Wahlen der Kreistage und der Stadträte der kreisfreien Städte. Damit wird eine permanent bestehende Unterschiedlichkeit der Mobilisierungsfähigkeit und ihre Entwicklung zwischen den Jahren 2004 und 2009 dargestellt.

	Wahlen der Kreistage und Stadträte der kreisfreien Städte	Wahlen zum Thüringer Landtag	Relation
	Anzahl der Wähler absolut ⁸	Anzahl der Wähler absolut	
2004	228.663	263 717	1,15
2009	199.301	290.832	1,46

Daran wird einerseits sichtbar, dass die Mobilisierungsfähigkeit der Partei DIE LINKE für die Wahlen zu den Kreistagen und Stadträten der kreisfreien Städte deutlich unter der zur Landtagswahl liegt. Zudem ist sie im Jahr 2009 nochmals deutlich gesunken.

⁷ Unter Annahme einer listenreinen Stimmabgabe

⁸ Unter Annahme einer listenreinen Stimmabgabe

Dieser Rückgang kann – wie bereits dargestellt – nicht auf die Wahlbeteiligung zurückgeführt werden. Die Ursachen müssen deshalb bei der Partei DIE LINKE selbst gesucht werden. Demnach scheint es der Partei DIE LINKE nicht gelungen zu sein,

- das eigene Wählerpotential für die Bedeutung der Kommunalwahl zu sensibilisieren,
- die Notwendigkeit eines stärkeren Einflusses von linker Politik auf kommunaler Ebene zu vermitteln,
- DIE LINKE als inhaltliche und personelle Alternative auf der sehr viel konkreteren Ebene der kommunalen Gebietskörperschaften darzustellen,
- ein eigenes kommunalpolitisches Konzept deutlich darzustellen und/oder
- überzeugende und kompetente Kandidaten in ausreichendem Maße aufzustellen.

Bei der Betrachtung der absoluten Anzahl der Wähler der Partei DIE LINKE ist nochmals darauf zu verweisen, dass die ermittelte Anzahl immer das ideale Bild eines Wählers voraussetzt, der mit allen drei Stimmen die Partei DIE LINKE wählt. Dies ist sicher nur auf einen Teil der Wähler anwendbar.

Ein realistischeres Bild über die Anzahl der Wähler erhält man, wenn man unterstellt, dass die Wähler, die am 07.06.2009 die Partei DIE LINKE zur Europawahl gewählt haben, an diesem Tag auch mit mindestens einer Stimme die Partei DIE LINKE bei der Wahl der Kreistage und Stadträte der kreisfreien Städte gewählt haben. Diese angenommenen 232.995 Wähler würden bedeuten, dass jeder Wähler der Partei DIE LINKE durchschnittlich nur 2,5 Stimmen der Partei DIE LINKE gegeben hat. Durchschnittlich wurde eine halbe Stimme auf einen Kandidaten einer anderen Liste verteilt. Auch bei einer Betrachtung der Einzelstimmen von Bewerbern auf den Listen der Partei DIE LINKE in einzelnen Landkreisen und kreisfreien Städten zeigt deutlich, dass nur noch ein geringer Teil der Partei DIE LINKE die Listenstimme gegeben hat, in deren Folge die ersten drei Listenplätze jeweils eine Stimme erhalten. Nur noch maximal ein Drittel der Stimmen, die die Partei DIE LINKE erhalten hat, können als solche Listenstimmen angenommen werden.

Es ist insgesamt davon auszugehen, dass es sich bei der Wahl der Kreistage und Stadträte der kreisfreien Städte um eine sehr stark von Personen dominierte Wahl handelt und nur noch eine geringe und in diesem Fall statisch wirkende Parteienbin-

dung existiert. Wie stark Personen bei dieser Wahl tatsächlich gewirkt haben, soll an späterer Stelle nochmals ausführlicher thematisiert werden.

Nach 2004 hat die CDU bei der Wahl der Kreistage und Stadträte der kreisfreien Städte neuerlich deutlich verloren, während die SPD leicht hinzugewinnen konnte, ohne ihre Verluste 2004 auch nur annähernd auszugleichen. Die Ergebnisse beider Parteien sollten dann auch in der Tat maßgebliche Signalwirkung für die Landtags- und Bundestagswahlen haben.

Während bei der Wahl der Kreistage und Stadträte der kreisfreien Städte beide sogenannten „Volksparteien“ noch gerade mal 53% der Wähler erreichten, kamen sie zur Landtagswahl zusammen noch nicht einmal auf die Hälfte der abgegebenen Wählerstimmen. Gerade noch 49,7% der Wähler votierten für eine der beiden Parteien.

Für FDP und Bündnis 90/Die Grünen war die Kommunalwahl der Start in ein verheißungsvolles Wahljahr, das mit dem Einzug in den Thüringer Landtag und mit einer Bestätigung dieses Ergebnisses in Thüringen zur Bundestagswahl enden sollte.

1.2. Einzelergebnisse zu den Wahlen der Kreistage und der Stadträte der kreisfreien Städte

Die Ergebnisse der Partei DIE LINKE stellt sich bezogen auf die einzelnen Landkreise und kreisfreie Städte wie folgt dar.

	Wahlbeteiligung	CDU	LINKE	SPD	FDP	Grüne	Sonstige
Stadt Erfurt	48,2	22,7	19,7	33,0	5,2	8,7	10,8
Stadt Gera	46,3	29,4	31,0	12,5	6,2	5,4	15,5
Stadt Jena	54,3	19,0	20,2	25,2	11,0	10,1	14,4
Stadt Suhl	47,3	23,0	31,1	17,4	6,9	-	21,6
Stadt Weimar	54,0	23,2	19,9	13,7	6,4	15,4	21,5
Stadt Eisenach	50,3	33,6	20,6	17,4	4,7	7,1	16,5
Eichsfeld	59,7	54,1	10,2	10,7	6,5	3,0	15,5
Nordhausen	52,2	28,5	25,0	27,9	9,4	6,1	3,1
Wartburgkreis	55,2	36,5	18,7	19,6	4,4	2,9	17,8
Unstrut-Hainich-Kreis	52,0	34,6	17,1	25,0	10,3	2,5	10,4
Kyffhäuserkreis	52,7	35,3	25,2	21,0	7,6	3,0	8,0
Schmalkalden-Meiningen	53,3	36,6	20,7	15,9	8,3	5,7	12,8
Gotha	54,8	33,9	14,4	30,4	4,2	3,3	13,9
Sömmerda	55,0	42,9	26,4	11,0	7,4	2,9	9,4
Hildburghausen	55,5	34,9	24,7	14,5	-	2,1	23,9
Ilm-Kreis	55,1	34,9	25,4	14,2	5,6	4,1	15,8
Weimarer Land	56,4	34,2	16,4	18,1	8,4	4,7	18,2
Sonneberg	50,5	40,2	29,3	15,4	8,6	2,4	4,1
Saalfeld-Rudolstadt	53,2	31,1	19,2	23,3	8,3	2,6	15,6
Saale-Holzland-Kreis	58,9	35,8	22,3	13,3	10,7	3,7	14,1
Saale-Orla-Kreis	55,4	31,8	20,6	22,6	11,3	-	13,8
Greiz	54,6	37,2	17,6	17,3	10,5	2,9	17,2
Altenburger Land	48,1	31,9	21,3	24,2	10,5	2,9	9,1

jeweils in Prozent

Bemerkenswert hierbei ist die Schwankung der Wahlbeteiligung, die in den kreisfreien Städten geringer ausfällt als in den Landkreisen. Am höchsten ist sie wiederum im Landkreis Eichsfeld mit nahezu 60%, in der Stadt Gera fällt sie am geringsten aus. Dort liegen die Ergebnisse der Partei DIE LINKE mit jeweils über 30% auch mit am höchsten. Der Zusammenhang zwischen Wahlbeteiligung und Ergebnis der Partei DIE LINKE wird in einem gesonderten Abschnitt analysiert.

Für DIE LINKE stellen sich die Ergebnisse in den Stadträten und Kreistagen detailliert im Vergleich zum Jahr 2004 folgendermaßen dar:

	2009		2004		Entwicklung	
	Ergebnis in Stimmen	Ergebnis in %	Ergebnis in Stimmen	Ergebnis in %	Absolut	In %
Stadt Erfurt	45.975	19,7	63.842	32,3	-17.867	-12,7
Stadt Gera	35.226	31,0	37.065	36,8	-1.839	-5,7
Stadt Jena	27.343	20,2	25.751	24,2	1.592	-4,0
Stadt Suhl	14.509	31,1	16.240	31,8	-1.731	-0,7
Stadt Weimar	16.168	19,9	13.181	20,7	+2.987	-0,8
Stadt Eisenach	10.774	20,6	10.379	23,4	+395	-2,8
Eichsfeld	15.062	10,2	18.598	13,2	-3.536	-3,1
Nordhausen	28.428	25,0	30.806	29,3	-2.378	-4,3
Wartburgkreis	33.126	18,7	38.341	21,2	-5.215	-2,5
Unstrut-Hainich-Kreis	23.371	17,1	24.876	18,6	-1.505	-1,5
Kyffhäuserkreis	26.689	25,2	30.676	28,6	-3.987	-3,4
Schmalkalden-Meiningen	35.322	19,7	51.142	27,6	-15.820	-6,9
Gotha	26.274	14,4	38.855	21,9	-12.581	-7,5
Sömmerda	25.471	26,4	31.444	31,5	-5.973	-5,2
Hildburghausen	22.841	24,7	24.290	26,5	-1.449	-1,5
Ilm-Kreis	37.634	25,4	40.748	27,4	-3.114	-1,9
Weimarer Land	18.557	16,4	22.456	19,7	-3.899	-3,3
Sonneberg	22.445	29,3	21.785	28,6	+660	+0,7
Saalfeld-Rudolstadt	29.340	19,2	31.725	20,4	-2.385	-1,2
Saale-Holzland-Kreis	27.883	22,3	22.726	18,9	+5.157	+3,4
Saale-Orla-Kreis	24.617	20,6	26.630	22,0	-2.013	-1,4
Greiz	25.710	17,6	30.587	21,0	-4.877	-3,4
Altenburger Land	25.136	21,3	33.846	28,7	-8.710	-7,4

DIE LINKE erreichte bei den Wahlen der Kreistage und der Stadträte der kreisfreien Städte Ergebnisse zwischen 10,2 % (Eichsfeld) und 31,1 % (Suhl). In Suhl und in Gera wurde DIE LINKE in den neugewählten Stadträten die stärkste Fraktion.

In den Landkreisen Eichsfeld, Nordhausen, Wartburgkreis und Altenburger Land fiel DIE LINKE gegenüber 2004 hinter die SPD zurück, in den Landkreisen Unstrut-Hainich-Kreis und Saalfeld-Rudolstadt blieb DIE LINKE wie auch 2004 hinter der SPD drittstärkste Fraktion. In Jena verlor DIE LINKE ihren Status als stärkste Fraktion und liegt nur noch knapp vor der CDU.

In den Landkreisen Saale-Holzland-Kreis (+3,3%) und Sonneberg (0,7%) erreichte DIE LINKE ihre einzigen Zugewinne. Ihre größten Verluste verbuchte DIE LINKE in Erfurt (-12,7) sowie im Landkreis Gotha (-7,5%) und im Altenburger Land (-7,4%).

Im folgenden einige kurze beispielhafte Betrachtungen ausgewählter Ergebnisse der Partei DIE LINKE:

a) Erfurt

Das Ergebnis der Partei DIE LINKE in der Landeshauptstadt Erfurt war sowohl im Verhältnis zur vorangegangenen Wahl im Jahr 2004 als auch im Verhältnis zur Entwicklung im Landesdurchschnitt mit Abstand das schlechteste für DIE LINKE in Thüringen bei der Wahl zu den Kreistagen und Stadträten der kreisfreien Städte. Ein Verlust von mehr als 12 % muss daher lokal spezifische Ursachen haben.

Kennzeichnend für das Ergebnis in der Landeshauptstadt ist neben dem deutlichen Verlust für DIE LINKE auch der deutliche Verlust der CDU (-16,6%), der ebenfalls sehr deutlich über dem Landesdurchschnitt liegt. Demgegenüber steht mit einem Gewinn von 16,8 % ein Wahlsieg für die SPD.

	2009		2004		Entwicklung	
	Ergebnis in Stimmen	Ergebnis in %	Ergebnis in Stimmen	Ergebnis in %	Absolut	In %
Wahlbeteiligung	48,2%		41,1%			+7,1
CDU	53.138	22,7	77.971	39,3	-24.833	-16,6
LINKE	45.975	19,2	64.446	32,4	-18.471	-12,8
SPD	77.184	33,0	32.134	16,2	+45.050	+16,8
FDP	12.281	8,2	6.866	3,5	+5.415	+1,7
Grüne	20.428	8,7	17.223	8,7	+3.205	+0,0
NPD	6.124	2,6	-	-	+6.124	+2,6
Freie Wähler	19.094	5,2	-	-	+19.094	+5,2

Der Anteil der unterstellten Wähler – eine vollständige und listenreine Stimmabgabe vorausgesetzt – im Bezug auf die Anzahl der Wahlberechtigten stellt sich für die Partei DIE LINKE folgendermaßen dar:

2009				2004			
Wahlberechtigte	Stimmen für DIE LINKE	Wähler der LINKEN	%-Anteil Wahlberechtigte	Wahlberechtigte	Stimmen für die PDS	Wähler der PDS	%-Anteil Wahlberechtigte
168.053	45.975	15.325	9,1	164.760	64.446	21.482	13,0

Diese Darstellung untersetzt, dass der Verlust eigener Wähler gravierend ist.

Für das Vorliegen spezifischer lokaler Ursachen für das schlechte Abschneiden der Partei DIE LINKE spricht auch ein Vergleich der Differenzen im Wahlergebnis zwischen den Kommunal-, Europa- und Landtagswahlen einerseits in Erfurt und andererseits im Landesdurchschnitt.

	Kommunal		Europa		Landtagswahl	
Wahlbeteiligung	48,2		48,3 %		58,1 %	
	Ergebnis in Wählern	Ergebnis in %	Ergebnis in Wählern	Ergebnis in %	Ergebnis in Wählern	Ergebnis in %
Erfurt	15.325 (1,0)	19,2 (1,0)	19.284 (1,26)	24,4 (1,33)	27.996 (1,83)	29,4 (1,53)
Thüringen	199.301 (1,0)	20,7 (1,0)	232.995 (1,17)	23,8 (1,15)	290.832 (1,46)	27,7 (1,34)

Um das Wahlergebnis erklären zu können ist zunächst darauf zu verweisen, dass der amtierende Oberbürgermeister der SPD, Andreas Bausewein, selbst als Kandidat für den Stadtrat kandidiert hat, dem er bereits als gesetzliches Mitglied angehört. Diese sogenannte Scheinkandidatur hatte insofern Erfolg, dass – wie bereits dargestellt – Bausewein mehr als dreimal soviel Stimmen erreichen konnte, wie die Spitzenkandidatin der Partei DIE LINKE. Es ist davon auszugehen, dass damit die SPD in ganz erheblichem Maße ehemalige Wähler der Partei DIE LINKE gewinnen konnte.

Die Gründe hierfür sind sicherlich vielschichtig und kumulativ:

1. Es gab einen leichten landesweiten Trend der Stärkung der SPD zu Lasten der Partei DIE LINKE.
2. DIE LINKE hat es nicht verstanden, Ergebnisse der mit der SPD gemeinsam verantworteten Leitung der Verwaltung auch als Erfolge der Partei DIE LINKE öffentlich darzustellen. Umgekehrt ist es der SPD gelungen, im Wahlkampf kommunalpolitische Entscheidungen der vergangenen Jahre als die persönlichen Erfolge des Oberbürgermeisters darzustellen. Die Plakatierung „Hirschgarten gestaltet, Familien gefördert, Nordbad gerettet“ hat zudem explizit Bereiche, die DIE LINKE durch ihre Bürgermeisterin für Soziales verantwortet, mit einbezogen. DIE LINKE hat dem nichts entgegengesetzt und ist zu defensiv mit ihrer eigenen Verantwortung innerhalb der Verwaltungsspitze umgegangen. Dies trifft nicht nur auf die Zeit des Kommunalwahlkampfes zu, sondern ist bereits in der Öffentlichkeitsarbeit seit der Oberbürgermeisterwahl 2006 angelegt gewesen.
3. Die Positionierung der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat gegen die außerordentliche Kündigung der Geschäftsführer der Stadtwerke Erfurt wegen des Vor-

wurfs der Veruntreuung konnte nicht überzeugend in der Öffentlichkeit erklärt werden. In der Öffentlichkeit musste so zwangsläufig der Eindruck entstehen, dass DIE LINKE nicht zu denen gehöre, die einem sogenannten „Filz“ und der „Selbstversorgungsmentalität“ der Geschäftsführer entschlossen entgegentreten wollte. Das waren aber durchaus Themen, die in der Zeit der öffentlichen Sensibilisierung für „Managergehälter“ und „Selbstbedienung“ eine große Bedeutung haben. Die SPD und vor allem der Oberbürgermeister konnten durch ihr aktionistisches Vorgehen unabhängig der sachlichen Begründetheit überzeugen und den Eindruck vermitteln „Wir tun was.“.

4. Ob die Positionierung der Partei DIE LINKE für das besetzte Haus auf dem ehemaligen Topf & Söhne Gelände signifikante Auswirkungen auf das Wahlergebnis hatte, wird unterschiedlich bewertet. Mit Sicherheit wurde das Engagement von einem eher konservativ geprägten Wählerklientel kritisch betrachtet und führte wohl auch im Einzelfall zu einer veränderten Stimmabgabe. Dagegen spricht allerdings, dass zwei Monate nach der Räumung des besetzten Hauses das Thema keine wirkliche öffentliche Relevanz mehr einnahm und im Wahlkampf selbst keine Rolle spielte.

Abschließend sei noch darauf verwiesen, dass selbst mit einem Anstieg von 7,1% gegenüber 2004 die Wahlbeteiligung in der Landeshauptstadt mit 48,2% zu der niedrigsten in Thüringen überhaupt gehört.

b) Gera

Das Ergebnis der Partei DIE LINKE in der Stadt Gera war von einem prozentual überdurchschnittlichen Verlust geprägt. Dennoch sind die verlorenen 5,6% und die verlorenen unterstellten 600 Wähler durchaus als im Landesdurchschnitt liegend zu interpretieren. Dies begründet sich einerseits durch das sehr hohe Ausgangsniveau und andererseits durch die unterdurchschnittliche Wahlbeteiligung im Jahr 2004.

Gemessen an den Wahlberechtigten konnte DIE LINKE ihren Wähleranteil im Jahr 2009 ungefähr halten und lag mit den Verlusten (-0,2%) hier sogar unter dem Landesdurchschnitt (-1,4%).

	2009		2004		Entwicklung	
	Ergebnis in Stimmen	Ergebnis in %	Ergebnis in Stimmen	Ergebnis in %	Absolut	In %
Wahlbeteiligung	46,3%		39,6%			+6,7
CDU	33.434	29,4	28.913	28,7	+4.521	+0,7
LINKE	35.226	31,0	37.041	36,7	-1.815	-5,7
SPD	14.228	12,5	11.151	11,1	+3.077	+1,4
FDP	6.988	6,2	3.897	3,9	+3.091	+2,3
Grüne	6.148	5,4	3.922	3,9	+2.226	+1,5
Arbeit für Gera	13.805	12,1	15.914	15,8	-2.109	-3,7
NPD	3.797	3,3	-	-	+3.797	+3,3

Der Anteil der unterstellten Wähler – eine vollständige und listenreine Stimmabgabe vorausgesetzt – im Bezug auf die Anzahl der Wahlberechtigten stellt sich für die Partei DIE LINKE folgendermaßen dar:

2009				2004			
Wahlberechtigte	Stimmen für DIE LINKE	Wähler der LINKEN	%-Anteil Wahlberechtigte	Wahlberechtigte	Stimmen für die PDS	Wähler der PDS	%-Anteil Wahlberechtigte
85.655	35.226	11.742	13,7	88.552	37.041	12.347	13,9

Kennzeichnend für das Ergebnis in Gera ist darüber hinaus noch der sehr geringe prozentuale Verlust der CDU, der absolut sogar ein Zugewinn ist und nur durch den deutlichen Anstieg der Wahlbeteiligung nivelliert wird.

Der Zugewinn der SPD lag ebenfalls unterhalb des Landesdurchschnitts.

Ausgehend von diesen Ergebnissen kann davon ausgegangen werden, dass vor dem Hintergrund eines Vergleiches mit dem Landesergebnis die kommunale Koalition zwischen SPD und der Partei DIE LINKE der SPD sogar eher geschadet hat, als der Partei DIE LINKE. Dies stellt einen signifikanten Unterschied zu dem Wahlergeb-

nis in Erfurt dar. Eine Erklärung hierfür ist sicherlich, dass der SPD-Oberbürgermeister in Gera auf eine sogenannte Scheinkandidatur verzichtet hat und durchaus auf die gemeinsame Verantwortung beider Parteien verweist. Aber auch das Fehlen der für Erfurt typischen Versäumnisse der Partei DIE LINKE begründet sicherlich diesen Unterschied.

c) Suhl

Seit 1999 bewegt sich die Partei DIE LINKE auf einem gleichbleibend hohen Niveau hinsichtlich ihres prozentualen Anteils an den abgegebenen Stimmen. Der zu verzeichnende prozentuale Verlust liegt deutlich unter dem Landesdurchschnitt. DIE LINKE konnte damit ihren Status als stärkste Fraktion verteidigen und sogar den Abstand zur zweitstärksten Fraktion ausbauen, was für DIE LINKE durchaus eine Stärkung der politischen Kraft darstellen kann. Dies liegt einerseits am neuerlich schwachen Abschneiden der CDU sowie an der bereits während der Legislatur sich vollzogenen Spaltung der freien Wählergemeinschaft Aktiv für Suhl, die im Jahr 2004 nahezu auf dem selben Niveau wie die damalige PDS gelegen hat.

	2009		2004		Entwicklung	
	Ergebnis in Stimmen	Ergebnis in %	Ergebnis in Stimmen	Ergebnis in %	Absolut	In %
Wahlbeteiligung	47,3%		47,5%			-0,2
CDU	10.741	23,0	13.023	25,5	-2.282	-2,5
LINKE	14.509	31,1	16.240	31,8	-1.731	-0,7
SPD	8.123	17,4	5.417	10,6	+2.706	+6,8
FDP	3.211	6,9	1.703	3,3	+1.508	+3,6
Aktiv für Suhl	5.966	12,8	14.684	28,8	-8.718	-16,0
Freie Wähler	4.123	8,8	-	-	+4.123	+8,8

Auffallend ist, dass entgegen des allgemeinen Landestrends die Wahlbeteiligung in Suhl auch im Vergleich zu 2004 nochmals zurückging, wenn auch nur gering. Ursachen hierfür liegen an der fortdauernden Abwanderung aus Suhl. So verringerte sich zwischen 2004 und 2009 die Zahl der Wahlberechtigten um 2.529⁹ (-6,9%, im Landesdurchschnitt -2,1%). Es ist davon auszugehen, dass ein gesellschaftspolitisch weniger aktiver bis lethargischer Teil der Bevölkerung eher weniger abwandert und somit der Anteil der Nichtwähler an der Gesamtbevölkerung in Suhl höher liegt, als im Landesdurchschnitt.

Vor dem Hintergrund des Rückgangs der Wahlberechtigten stellt sich der Rückgang der absolut erreichten Stimmen für DIE LINKE (-577) differenzierter dar.

⁹ Bereits zwischen 1999 und 2004 verlor die Stadt Suhl 2.899 Wahlberechtigte.

Der Anteil der unterstellten Wähler – eine vollständige und listenreine Stimmabgabe vorausgesetzt – im Bezug auf die Anzahl der Wahlberechtigten stellt sich für die Partei DIE LINKE folgendermaßen dar:

2009				2004			
Wahlberechtigte	Stimmen für DIE LINKE	Wähler der LINKEN	%-Anteil Wahlberechtigte	Wahlberechtigte	Stimmen für die PDS	Wähler der PDS	%-Anteil Wahlberechtigte
34.306	14.509	4.837	14,1	36.835	16.240	5.413	14,7

In dieser Übersicht wird nochmals deutlich, dass der Verlust an Wählern gemessen an den Wahlberechtigten im Vergleich geringer ausfällt als im Landesdurchschnitt.

Die mit einem beachtlichen Ergebnis bei der 2004 erfolgreiche freie Wählervereinigung Aktiv für Suhl konnte ihr Wahlergebnis nicht wiederholen, was vor allem daran lag, dass die Wählergemeinschaft und die im Stadtrat vertretene Fraktion sich ideologisch spaltete.

Der eher konservative Teil verließ die Vereinigung und schloss sich der Bewegung der Freien Wähler an und kandidierte unter diesem Namen schließlich im Jahr 2009. Während Aktiv für Suhl seine Stadtratssitze mit 12,8% verteidigen konnte, verloren die Freien Wähler Sitze, die sie noch im Jahr 2004 unter dem gemeinsamen Dach erreichen konnten. Zusammengerechnet erzielten die beiden nunmehr getrennt agierenden Wählergemeinschaften ein Minus von 7,2%. Im Vergleich ist aber auch darauf zu verweisen, dass 2004 die Vereinigung Aktiv für Suhl mit dem Autor Landolf Scherzer einen Spitzenkandidaten aufstellen konnte, der die Aufbruchstimmung auch personell verkörperte. Scherzer allein erzielte schließlich 6.144 Stimmen. Scherzer beendete allerdings sehr frühzeitig seine kommunalpolitische Arbeit. Vor diesen Hintergrund ist es um so beachtlicher, dass aus der Aufbruchstimmung und der Stimmung gegen die etablierten Parteien eine Verfestigung der freien Wählergemeinschaften in Suhl zu verzeichnen ist.

Wie auch schon im Jahr 2004 hatte das Wahlergebnis der Wählergemeinschaften keinen erkennbaren Einfluss auf das Ergebnis der Partei DIE LINKE. Eher ist davon auszugehen, dass das Ergebnis der SPD und der überdurchschnittliche Zugewinn von 6,8% auf den Rückgang des Wähleranteils der Wählergemeinschaften zurückzu-

führen ist. Zu beachten ist hierbei allerdings, dass das Ausgangsniveau der SPD mit 10,6% außerordentlich niedrig gewesen ist.

Der 2006 gewählte Oberbürgermeister, der von Aktiv für Suhl getragen wurde, und sich dann aber der Abspaltung der Freien Wähler zugehörig fühlt, kandidierte nicht auf einer Liste.

d) Weimar

Anders als in Suhl stieg in Weimar die Wahlbeteiligung überdurchschnittlich an. Lag sie im Jahr 2004 noch deutlich unter dem Landesdurchschnitt, konnte sie diese im Jahr 2009 sogar übertreffen. Damit hat sie gemeinsam mit der Stadt Jena die höchste Wahlbeteiligung der kreisfreien Städte aufzuweisen, die ansonsten immer sehr deutlich unter der der Landkreise liegt. In Weimar kommt ebenso hinzu – anders als in Suhl – dass die Zahl der Wahlberechtigten in der Stadt zugenommen hat.

Vor diesem Hintergrund sind natürlich die prozentualen Wahlergebnisse durchaus anders zu beurteilen.

	2009		2004		Entwicklung	
	Ergebnis in Stimmen	Ergebnis in %	Ergebnis in Stimmen	Ergebnis in %	Absolut	In %
Wahlbeteiligung	54,0%		42,6%			+11,4
CDU	18.870	23,2	18.504	29,1	+366	-5,9
LINKE	16.168	19,9	13.186	20,7	+2.982	-0,8
SPD	11.103	13,6	7.842	12,3	+3.261	+1,3
FDP ¹⁰	5.203	6,4	2.811	4,4	+2.392	+2,0
Grüne	12.500	15,4	7.908	12,4	+4.592	+3,0
Weimarwerk	14.998	18,4	13.391	21,9	+1.607	-2,6
NPD	2.500	3,1	-	-	+2.500	+3,1

Der Anteil der unterstellten Wähler – eine vollständige und listenreine Stimmabgabe vorausgesetzt – im Bezug auf die Anzahl der Wahlberechtigten stellt sich für die Partei DIE LINKE folgendermaßen dar:

2009				2004			
Wahlberechtigte	Stimmen für DIE LINKE	Wähler der LINKEN	%-Anteil Wahlberechtigte	Wahlberechtigte	Stimmen für die PDS	Wähler der PDS	%-Anteil Wahlberechtigte
51.996	16.168	5.390	10,4	51.804	13.186	4.396	8,5

In der Übersicht wird deutlich, dass DIE LINKE ihren Anteil der Wähler an den Wahlberechtigten deutlich steigern konnte. Nur der Saale-Holzland-Kreis kann einen höheren Zugewinn aufweisen. Lag DIE LINKE in Weimar im Jahr 2004 bezogen auf die Wahlberechtigten noch 3,2% unter dem durchschnittlichen Landesergebnis, hat sie im Jahr 2009 diesen Wert erreicht. Etwa 1.000 Wähler konnten hinzu gewonnen werden.

¹⁰ im Jahr 2004 als Wählervereinigung FDP/WFU

Eine Besonderheit des Weimarer Wahlergebnis wird deutlich: Dieser Zugewinn kann nicht mit Stimmenverlusten bei anderen Parteien und Wählergruppen begründet werden. Durch den enormen Anstieg der Wahlbeteiligung haben alle Parteien und Wählergruppen gegenüber 2004 absolut an Stimmen hinzugewonnen.

Ungeachtet dessen sind aber Die Grünen als der eigentliche Wahlgewinner in Weimar zu bezeichnen. Deren Stärke ist sicher auch der Grund dafür, dass DIE LINKE in Weimar mit ihrem relativen Wahlergebnis geringfügig unter dem Landesergebnis liegt.

e) Landkreis Eichsfeld

Aus dem allgemeinen Landesergebnis fällt das Ergebnis zur Wahl des Kreistages des Landkreises Eichsfeld immer heraus. Dort erreicht die CDU regelmäßig ihr bestes Ergebnis, DIE LINKE wie auch die SPD regelmäßig ihr schlechtestes Ergebnis.

Aber die überdurchschnittlich hohe Bindung der Einwohner an die CDU infolge einer ausgesprochen konservativen Ausrichtung bedingt durch die im Gegensatz zu Thüringen deutlich stärkeren gesellschaftlichen Relevanz der katholischen Kirche und die Herkunft des Thüringer Ministerpräsidenten verhinderten im Jahr 2009 nicht, dass die CDU mit 13,0 nahezu dramatische Verluste hinnehmen musste.

DIE LINKE verlor etwas überdurchschnittlich über ein Sechstel ihrer Wähler bei einer angestiegenen Wahlbeteiligung. Und auch die SPD konnte nur geringfügig profitieren. Anders die Freien Wähler, die erstmalig antretend über 10% der Stimmen erreichten.

	2009		2004		Entwicklung	
	Ergebnis in Stimmen	Ergebnis in %	Ergebnis in Stimmen	Ergebnis in %	Absolut	In %
Wahlbeteiligung	59,7%		57,2%			+2,5
CDU	79.959	54,1	94.130	67,1	-14.171	-13,0
LINKE	15.062	10,2	18.592	13,3	-3.530	-2,1
SPD	15.825	10,7	13.396	9,5	+2.429	+1,2
FDP	9.624	6,5	6.547	4,7	+3.077	+1,8
Grüne	4.384	3,0	3.914	2,8	+470	+0,2
NPD	4.932	3,3	-	-	+4.932	+3,3
Freie Wähler	14.981	10,1	-	-	+14.981	+10,1
ödp	2.942	2,0	3.735	2,7	-793	-0,7

Der Anteil der unterstellten Wähler – eine vollständige und listenreine Stimmabgabe vorausgesetzt – im Bezug auf die Anzahl der Wahlberechtigten stellt sich für die Partei DIE LINKE folgendermaßen dar:

2009				2004			
Wahlberechtigte	Stimmen für DIE LINKE	Wähler der LINKEN	%-Anteil Wahlberechtigte	Wahlberechtigte	Stimmen für die PDS	Wähler der PDS	%-Anteil Wahlberechtigte
88.104	15.062	5.020	5,7	88.972	18.592	6.198	7,0

Es ist darauf zu verweisen, dass DIE LINKE im Jahr 2009 mehr absolute Stimmen verloren, als sie 2004 gegenüber 1999 hinzugewonnen hat.

Die ideologische Verortung der Einwohner macht den Landkreis sicherlich zu einer Ausnahme in Thüringen, aber diese Verortung hat auch ganz konkrete Auswirkungen auf die Strukturen der Parteien und diese wiederum auf ihren politischen Einfluss. Denn es ist zu berücksichtigen, dass DIE LINKE in den Gemeinden im Landkreis Eichsfeld kaum kommunalpolitisch verankert ist. Nur in fünf von insgesamt 89 Gemeinden ist DIE LINKE überhaupt zur Kommunalwahl angetreten. Ist beabsichtigt, dass DIE LINKE auch zur Kreistagswahl eine stärkere Rolle spielt, sind dringend Konzepte zu entwickeln, wie sie in den Orten des Landkreises selbst verankert werden kann. Anderenfalls bleibt es, sich damit abzufinden, dass bestenfalls enttäuschte CDU Wähler sich den Freien Wählern zuwenden.

Hinsichtlich der Wahlbeteiligung ist beachtenswert, dass der Landkreis Eichsfeld eine deutlich über dem Landesdurchschnitt liegende Wahlbeteiligung (59,7%) und auch 2009 die höchste Wahlbeteiligung bei den Wahlen der Kreistage und Stadträte der kreisfreien Städte aufweist.

f) Altenburger Land

Der Landkreis Altenburger Land ist der dritte Landkreis, in denen das Ergebnis für DIE LINKE um mehr als sieben Prozent gegenüber 2004 zurückging. Die Wahlbeteiligung steigerte sich nur gering und blieb weiterhin unter dem Landesdurchschnitt. Mit Ausnahme der kreisfreien Städte ist das Altenburger Land der Landkreis mit der mit Abstand geringsten Wahlbeteiligung. Vor diesem Hintergrund wird der Verlust der Partei DIE LINKEN nochmals dramatischer - etwa ein Viertel der Stimmen ging gegenüber 2004 verloren -, wenngleich das Ergebnis mit 21,2% immer noch knapp über dem Landesdurchschnitt liegt.

Im Landkreis verlor die CDU ebenfalls deutlich, die SPD legte deutlich zu.

Mit der freien Wählergemeinschaft Die Regionalen konnte erstmals eine freie Wählergemeinschaft in den Kreistag einziehen. Die Regionalen erreichten beachtliche 9,1 % bei ihrem erstmaligen Wahlantritt. Die Regionalen konnten dabei aufgrund ihrer personellen Zusammensetzung (FDP, UWG) auf ein eher bürgerliches Wählerklientel setzen und dürften ihre Stimmen zu Lasten der CDU gewonnen haben.

	2009		2004		Entwicklung	
	Ergebnis in Stimmen	Ergebnis in %	Ergebnis in Stimmen	Ergebnis in %	Absolut	In %
Wahlbeteiligung	48,1%		46,2%			+1,9
CDU	37.739	31,9	51.634	43,7	-13.895	-11,8
LINKE	25.136	21,2	33.849	28,7	-8.713	-7,5
SPD	28.683	24,2	23.850	20,2	+4.833	+4,0
FDP	12.455	10,5	8.800	7,4	-3.655	+3,1
Grüne	3.454	2,9	-	-	+3.454	+2,9
Die Regionalen	10.821	9,1	-	-	+10.821	+9,1

Der Anteil der unterstellten Wähler – eine vollständige und listenreine Stimmabgabe vorausgesetzt – im Bezug auf die Anzahl der Wahlberechtigten stellt sich für die Partei DIE LINKE folgendermaßen dar:

2009				2004			
Wahlberechtigte	Stimmen für DIE LINKE	Wähler der LINKEN	%-Anteil Wahlberechtigte	Wahlberechtigte	Stimmen für die PDS	Wähler der PDS	%-Anteil Wahlberechtigte
87.649	25.136	8.379	10,4	91.845	33.849	11.283	12,3

Mit diesem dargestellten Rückgang pegelt sich DIE LINKE im Altenburger Land im Landesdurchschnitt ein, nachdem sie im Jahr 2004 noch darüber lag.

Eine Ursache dafür dürfte in der geringer gewordenen Akzeptanz von Politikern der Partei DIE LINKE sein. Die Spitzenkandidatin im Jahr 2004 erreichte mindestens 10.997 rein personenbezogene Stimmen, im Jahr 2009 auf Platz vier gesetzt, konnte sie nur noch 2.484 personenbezogene Stimmen erreichen. Auch das ein Indiz dafür, dass Wähler anerkennen und erwarten, dass Spitzenkandidaten auch auf Spitzenplätze gesetzt werden sollen. Der Spitzenkandidat im Jahr 2009 konnte nur noch mindestens 2.287 rein personenbezogene Stimmen erreichen.

g) Landkreis Gotha

Neben dem Ergebnis in der Landeshauptstadt Erfurt erzielte DIE LINKE im Landkreis Gotha im Vergleich zum Ergebnis 2004 ihr schlechtestes Ergebnis. Gegenüber 2004 verlor sie ein Drittel ihrer Stimmen bei einer leicht angestiegenen Wahlbeteiligung. Auch die CDU verlor deutlich, die freien Wählergemeinschaften konnten in der Summe nur leicht hinzu gewinnen. Als Wahlsiegerin kann mit einem Zugewinn von 13,6% die SPD gelten.

	2009		2004		Entwicklung	
	Ergebnis in Stimmen	Ergebnis in %	Ergebnis in Stimmen	Ergebnis in %	Absolut	In %
	54,8%		52,8%			+2,0
CDU	61.898	33,9	77.663	43,8	-15.765	-9,9
LINKE	26.274	14,4	38.833	21,9	-12.559	-7,5
SPD	55.500	30,4	29.797	16,8	+25.703	+13,6
FDP	7.734	4,2	8.074	4,6	-340	-0,4
Grüne	5.964	3,3	6.079	3,4	-115	-0,1
BI-Gotha ¹¹	9.445	5,2	16.742	9,4	-7.297	-4,2
Freie Wähler	9.725	5,3	-	-	+9.725	+5,3
NPD	6.183	3,4	-	-	+6.183	+3,4

Der Anteil der unterstellten Wähler – eine vollständige und listenreine Stimmabgabe vorausgesetzt – im Bezug auf die Anzahl der Wahlberechtigten stellt sich für die Partei DIE LINKE folgendermaßen dar:

2009				2004			
Wahlberechtigte	Stimmen für DIE LINKE	Wähler der LINKEN	%-Anteil Wahlberechtigte	Wahlberechtigte	Stimmen für die PDS	Wähler der PDS	%-Anteil Wahlberechtigte
118.785	26.274	8.758	7,4	120.510	38.833	12.945	10,7

Gemessen an den Wahlberechtigten liegt DIE LINKE im Landkreis Gotha 3,3% unter dem Landesdurchschnitt.

Als Ursache für dieses Abschneiden können zwei Punkte benannt werden:

1. Das Fehlen eines in der Öffentlichkeit wahrgenommenen und angenommenen eigenen Spitzenkandidaten.
2. Ein außerordentlich starker Spitzenkandidat der SPD.

¹¹ im Jahr 2004 unter dem Namen Rat BI/SG

Noch im Jahr 2004 konnte DIE LINKE eine in der Öffentlichkeit als Spitzenkandidatin wahrgenommene Kandidatin auf Platz eins setzen, die dann auch mehr als 14.000 Stimmen erzielte und damit etwa 37% aller Stimmen für DIE LINKE erreichte. Im Jahr 2009 erzielte die Kandidatin auf Listenplatz eins nur noch die Hälfte dieser Stimmen und nur noch 27% der Stimmen für DIE LINKE.

Demgegenüber erzielte der SPD-Spitzenkandidat, der Gothaer Oberbürgermeister, bei der Kreistagswahl 30.333 Stimmen und trug so maßgeblich zum Wahlerfolg der SPD bei. Von den Stimmen für die SPD gewann er 55 %.

Wie stark die Kommunalwahlen personalisiert wahrgenommen werden, zeigt ein Vergleich des Wahlergebnisses zur Stadtratswahl in Gotha mit dem Ergebnis der Kreistagswahl in der Stadt Gotha. Bei der Stadtratswahl konnte der Oberbürgermeister aufgrund seines Wohnsitzes nicht selbst kandidieren, eine Scheinkandidatur war somit von vornherein ausgeschlossen. Obwohl die den Oberbürgermeister stellende Partei ein herausragendes Ergebnis erzielen konnte, blieb sie dennoch weit unter dem, was sie am selben Tag bei der Wahl des Kreistages in Gotha erreicht hatte.

	Kreistagswahl	Stadtratswahl
	in Prozent	in Prozent
CDU	22,4	24,3
DIE LINKE	15,6	19,3
SPD	42,7	31,0
FDP	3,7	5,7
Grüne	3,1	3,5

Das Abschneiden der SPD ist sicherlich auch ursächlich dafür, dass entgegen dem Landestrend FDP und Grüne nicht hinzu gewinnen konnten.

Die Kandidaturen zweier freier Wählergemeinschaften im Landkreis haben demgegenüber keinerlei Auswirkungen auf den Verlust der Partei DIE LINKE gehabt. Die kandidierende Bürgerinitiative und die Freien Wähler kamen in der Summe nur geringfügig über das Ergebnis der im Jahr 2004 allein kandidierenden Bürgerinitiative hinaus.

Im Landkreis Gotha wird zudem deutlich, wie groß der Unterschied zwischen den Wahlentscheidungen bei den einzelnen Wahlen im Jahr 2009 ist. Eine feste, durchgängige Parteienbindung ist nicht mehr zu erkennen.

	Kreistagswahl	Landtagswahl	Bundestagswahl
	in Prozent	in Prozent	in Prozent
CDU	33,9	31,0	19,6
LINKE	14,4	24,3	27,4
SPD	30,4	22,7	30,8
FDP	4,2	6,9	9,0
Grüne	3,3	5,3	5,5
Sonstige	13,9	9,8	7,4

h) Schmalkalden-Meiningen

Das Ergebnis für DIE LINKE lag im Landkreis Schmalkalden-Meiningen im Jahr 2004 noch weit über dem Landesdurchschnitt. Im Jahr 2009 verlor sie aber nahezu ein Drittel ihrer einstigen Wähler. Ein Verlust, der mathematisch durch die Zugewinne von SPD, Grüne und FDP in Summe erklärbar wäre. Anzunehmen ist auch, dass der Rückgang der Wahlbeteiligung um 2,8% bzw. um 4.730 Wähler bei einem Rückgang der Wahlberechtigten von nur 2.814 mit ursächlich für den deutlichen Verlust der Partei DIE LINKE ist.

	2009		2004		Entwicklung	
	Ergebnis in Stimmen	Ergebnis in %	Ergebnis in Stimmen	Ergebnis in %	Absolut	In %
Wahlbeteiligung	53,3%		56,1%			-2,8
CDU	62.334	36,6	71.015	38,2	-8.681	-1,6
LINKE	35.322	20,7	51.383	27,6	-16.061	-6,9
SPD	27.154	15,9	17.705	9,5	+9.449	+6,4
FDP	14.091	8,3	9.100	4,9	+4.991	+3,4
Grüne	9.667	5,7	7.148	3,8	+2.519	+1,9
Freie Wähler	21.787	12,8	29.519	15,9	-7.732	-3,1

Der Anteil der unterstellten Wähler – eine vollständige und listenreine Stimmabgabe vorausgesetzt – im Bezug auf die Anzahl der Wahlberechtigten stellt sich für die Partei DIE LINKE folgendermaßen dar:

2009				2004			
Wahlberechtigte	Stimmen für DIE LINKE	Wähler der LINKEN	%-Anteil Wahlberechtigte	Wahlberechtigte	Stimmen für die PDS	Wähler der PDS	%-Anteil Wahlberechtigte
114.264	35.322	11.774	10,3	117.078	51.383	17.128	14,6

Mit dem deutlichen Rückgang von 4,3 % der Stimmen im Verhältnis zu den Wahlberechtigten bzw. mehr als 30% der 2004 erreichten Stimmen ist der Verlust der Partei DIE LINKE in Schmalkalden-Meiningen höher als der in der Landeshauptstadt Erfurt.

In der Stimmenanzahl konnte die SPD nur zu einem geringen Teil profitieren, die Freien Wähler haben ebenso verloren und können nicht als Ursache benannt werden.

Wie in Gotha zeigt auch hier das personalisierte Ergebnis, dass in der Öffentlichkeit kein Kandidat der Partei DIE LINKE als der Spitzenkandidat anerkannt wurde. Eine

Vielzahl von Wählern hat ihre Stimme auf viele Bewerber verteilt. Ganz im Unterschied noch zur Wahl 2004. Im Jahr 2009 erreichte der Listenplatz eins nur noch 6.701 Stimmen, im Jahr 2004 waren es noch 17.639 Stimmen.

Die große Differenzierung bei den Wahlabgaben hat sicherlich eine Ursache in den öffentlich verbreiteten und diskutierten Unterschieden zwischen einzelnen Mitgliedern der Kreistagsfraktion. Diese politischen und strategischen Unterschiede führten zu einer öffentlich wahrgenommenen Konkurrenzsituation, die dem Wahlergebnis abträglich waren. In jedem Fall konnten durch die fehlende Einheitlichkeit und durch die fehlende Personalisierung wechselnde Wähler nicht motiviert werden, DIE LINKE zu wählen. Diese blieben der Wahl eher fern.

i) Saale-Holzland-Kreis

Neben dem Landkreis Sonneberg ist der Saale-Holzland-Kreis der einzige Landkreis, in dem DIE LINKE auch prozentual hinzugewinnen konnte. Da auch die Wahlbeteiligung - bereits über dem Landesdurchschnitt liegend – noch mal angestiegen ist, ist auch der absolute Anteil der Stimmen und der Anteil der Wähler an den Wahlberechtigten gestiegen.

	2009		2004		Entwicklung	
	Ergebnis in Stimmen	Ergebnis in %	Ergebnis in Stimmen	Ergebnis in %	Absolut	In %
Wahlbeteiligung	58,9%		56,3%			+2,6
CDU	44.691	35,8	49.953	41,6	-5.262	-5,8
LINKE	27.883	22,3	22.727	18,9	+5.156	+3,4
SPD	16.668	13,3	15.351	12,8	+1.317	+0,5
FDP	13.427	10,7	11.698	9,7	+1.729	+1,0
Grüne	4.633	3,7	3.636	3,0	+997	+0,7
Freie Wähler	6.992	5,6	6.614	5,5	+378	+0,1
Bauern EJS	10.647	8,5	10.193	8,5	+454	+0,0

Der Anteil der unterstellten Wähler – eine vollständige und listenreine Stimmabgabe vorausgesetzt – im Bezug auf die Anzahl der Wahlberechtigten stellt sich für die Partei DIE LINKE folgendermaßen dar:

2009				2004			
Wahlberechtigte	Stimmen für DIE LINKE	Wähler der LINKEN	%-Anteil Wahlberechtigte	Wahlberechtigte	Stimmen für die PDS	Wähler der PDS	%-Anteil Wahlberechtigte
74.900	27.883	9.295	12,4	76.042	22.727	7.576	10,0

Eine Ursache für diesen Gewinn ist eine in der Öffentlichkeit wahrgenommene Spitzenkandidatur, so erreichte der an erste Stelle gesetzte Kandidat der Partei DIE LINKE 75,1% aller Stimmen, die für die Partei abgegeben wurden. Diese deutliche Konzentration lässt insbesondere auch vor dem Hintergrund eines Vergleiches mit anderen Landkreisen, den Schluss zu, dass DIE LINKE im Saale-Holzland-Kreis Stimmen für eine Person gewonnen hat, die sie als Partei nicht bekommen hätte. Der Zusammenhang zwischen Personenwahlen und dem Ergebnis der Partei DIE LINKE soll in einem späteren Abschnitt nochmals ausführlicher betrachtet werden.

Anhand des Ergebnisses im Saale-Holzland-Kreis soll aber noch auf einen anderen Sachverhalt hingewiesen werden, der ebenfalls an späterer Stelle noch einmal aus-

fürlicher betrachtet wird, der Zusammenhang des Ergebnisses der Partei DIE LINKE mit dem Ergebnis freier Wählergemeinschaften und dem der SPD.

Die freien Wählergemeinschaften erreichten in der Summe 14,1% und steigerten sich geringfügig gegenüber dem Jahr 2004. Trotz des vergleichsweise hohen Anteils für die freien Wählergemeinschaften konnte DIE LINKE 12,4% der Wahlberechtigten überzeugen. DIE SPD hingegen konnte im Saale-Holzland-Kreis nur geringfügig hinzu gewinnen (0,5%) und blieb mit 13,3 % weit unter dem Landesdurchschnitt. Wie bereits andere ausgewählte Ergebnisse zeigten, kommt diese Kopplung (SPD stark=LINKE schwach und umgekehrt) nicht überraschend. Es ist davon auszugehen, dass DIE LINKE unmittelbar und stärker als mit anderen Parteien und Wählergemeinschaften mit der SPD um Wähler konkurriert.

1.3. Einfluss der Abschaffung der 5%-Hürde bei den Kommunalwahlen

Am 09. April 2008 entschied der Thüringer Verfassungsgerichtshof in einer einstimmigen Entscheidung, dass die Fünf-Prozent-Sperrklausel gegen die Verfassung verstößt und ab den nächsten landesweiten Kommunalwahlen nicht mehr anwendbar ist.

Zur Begründung seiner Entscheidung führte das Gericht aus:

„Der Verfassungsgerichtshof entschied nun, dass die Fünf-Prozent-Sperrklausel gegen Art. 95 Satz 1 der Thüringer Verfassung verstößt. Die Bestimmung enthält den Grundsatz der Gleichheit der Wahl. Dieser besagt für die in Thüringen bei Kommunalwahlen geltende Verhältniswahl, dass grundsätzlich jede abgegebene gültige Stimme den gleichen Wert haben muss. Bei einer Fünf-Prozent-Sperrklausel zählen die Stimmen bei der Sitzverteilung im Ergebnis nicht mit, die auf Parteien, Wählergruppen oder Einzelbewerber entfallen, die keine fünf Prozent der Stimmen auf sich vereinigen können. Dadurch führt die Fünf-Prozent-Sperrklausel zu einer Ungleichbehandlung der Stimmen.“¹²

Im Vorfeld der Kommunalwahlen 2009 wurde die ersatzlose Streichung der Sperrklausel allgemein als Chance für die sogenannten kleinen Parteien gewertet, künftig in den Kreistagen und den Gemeinderäten mit gewählten Vertretern Politik mitgestalten zu können. Allerdings wurde immer darauf hingewiesen, dass auch künftig für Kreistage und Stadträte ein erheblicher Stimmenanteil aufgrund der Anzahl der zu vergebenden Mandate notwendig ist. In den am größten zu wählenden Kreistagen mit 50 Mitgliedern ist eine Mindestanzahl von 2% der abgegebenen Stimmen notwendig. Bei den meisten Gemeinderäten liegt der notwendigerweise zu erringende Stimmenanteil bei über 5%.

Das Verfassungsgericht würdigte diesen Umstand insbesondere auch mit seiner Feststellung zur Funktionsfähigkeit der zu wählenden Organe:

„Die Absicherung der Funktionsfähigkeit der gewählten Volksvertretungen kann grundsätzlich eine Rechtfertigung für Beschränkungen im Wahlrecht sein. Voraussetzung ist allerdings, dass solche Funktionsstörungen mit einiger Wahrscheinlichkeit auch eintreten werden. Um dies festzustellen, ist die politische Wirklichkeit zu betrachten und sind auch Erfahrungen aus anderen Bundesländern mit vergleichbarer Kommunalstruktur zu berücksichtigen. Der Verfassungsgerichtshof hat hierzu eine Beweisaufnahme durchgeführt. Im Ergebnis konnten

¹² Thüringer Verfassungsgerichtshof, Presse-Information vom 11.04.2008

*keine Tatsachen festgestellt werden, die im Falle des Wegfalls der Fünf-Prozent-Sperrklausel eine Störung der Funktionsfähigkeit der Kommunalvertretungen wahrscheinlich machen.*¹³

Die Abschaffung der 5%-Hürde dürfte insbesondere die Motivation für kleine Parteien und Wählergruppen gesteigert haben, einen intensiveren Wahlkampf für Wahlen der Kreistage und Stadträte in den kreisfreien Städten zu führen. Zu zusätzlichen Kandidaturen, die mit dem Wegfall der Sperrklausel begründet werden können, ist es nicht gekommen. Einzig der Wahlantritt der NPD kann darauf zurückgeführt werden. Es bestand für die rechtsextremistische Partei somit die Chance, in kommunale Gebietskörperschaften einzuziehen und somit in der der Wahl folgenden Öffentlichkeitsarbeit auf ihre vermeintliche kommunale Verankerung hinzuweisen, um schließlich mit der Landtagswahl im August 2009 in das Landesparlament einzuziehen. Hierzu war nach wie vor die 5%-Hürde zu nehmen, was der NPD hätte nur gelingen können, wenn die politisch zutreffende Charakterisierung der NPD als verfassungsfeindliche Partei bei diesem Anteil der Wähler mit Verweis auf die Mitarbeit auf kommunaler Ebene ins Leere läuft.

Hinsichtlich der „radikalen Parteien“ führte der Verfassungsgerichtshof im übrigen aus:

„Schließlich rechtfertigt auch die Gefahr der Anwesenheit radikaler Parteien in den Kommunalvertretungen die Fünf-Prozent-Sperrklausel nicht. Parteien, die nicht verboten sind, dürfen durch die Wahlgesetzgebung nicht benachteiligt werden. Ihr Ausschluss kann nur durch ein Parteiverbot durch das Bundesverfassungsgericht bewirkt werden.“

Weitere Ausführungen zur NPD einem gesonderten Abschnitt.

Insgesamt waren bei der Wahl der Kreistage und Stadträte der kreisfreien Städte 1.036 Mandate zu vergeben.

Lediglich 54 Mandate wurden an Parteien und Wählergruppen vergeben, die bei der Wahl unter einem Stimmenanteil von 5% geblieben waren. Das heißt, nur etwa 5% der Mandate wären bei Fortgeltung der Sperrklausel an andere Parteien vergeben wurden.

¹³ ebenda

Auf die Parteien entfielen die gewonnenen Mandate wie folgt:

NPD	17
Grüne	20
FDP	6
Sonstige	11
Gesamt	54

Demnach profitierten absolut Bündnis90/Die Grünen am deutlichsten vom Wegfall der Sperrklausel, wenn unberücksichtigt bleibt, dass die NPD nicht flächendeckend angetreten ist. Nimmt man diesen Umstand bei der Analyse mit auf, kommt man zu dem Ergebnis, dass die NPD 90% ihrer bei den Wahlen der Kreistage und Stadträte der kreisfreien Städte errungenen Mandate dem Wegfall der 5%-Hürde verdankt.

Bei einer regionalen Analyse wird deutlich, dass die Auswirkungen des Wegfalls der Sperrklausel bei den einzelnen Kreistagen und Stadträten der kreisfreien Städte sehr unterschiedlich ausfällt. So gehören dem neugewählten Kreistag Wartburgkreis sieben Kreistagsmitglieder von insgesamt 50, entspricht 14%, an, die nur infolge des Wegfalls der 5%-Hürde gewählt wurden. Auch im Kyffhäuserkreis und im Landkreis Greiz ist der Anteil mit 13% deutlich hoch. In allen anderen Kreisen liegt der Anteil eher im Landesdurchschnitt bzw. deutlich darunter.

Insgesamt ist davon auszugehen, dass der Wegfall der 5%-Hürde flächendeckend keine gravierenden Auswirkungen bei den Wahlen der Kreistage und kreisfreien Städte hatte. Es ist aber zu konstatieren, dass neben dem Erstarren der FDP und dem eigenen schlechteren Abschneiden, der Wegfall der 5%-Hürde eine weitere, aber keineswegs allein entscheidende Ursache dafür ist, dass DIE LINKE mit 47 Mandaten deutlich weniger Mandate innehat, als noch nach der Wahl im Jahr 2004.

1.4. Auswirkungen der Wahlergebnisse der Freien Wähler und anderer freier Wählergruppen auf das Wahlergebnis der Partei DIE LINKE

Allgemein wird angenommen, dass der Wahlantritt der Freien Wähler und anderer freier Wählergruppen erheblichen Einfluss auf das Wahlergebnis der Partei DIE LINKE hat. Insbesondere vor dem Hintergrund der Wahlergebnisse zur Kommunalwahl im Vergleich zu den Wahlen zum Europaparlament, Thüringer Landtag und den Bundestag, bei denen die Freien Wähler traditionsgemäß nur eine sehr geringe Rolle spielen.

Im Vergleich aller Wahlen erreichte die Partei DIE LINKE bei der Wahl zu den Kreistagen und Stadträten der kreisfreien Städte ihr schlechtestes Ergebnis.

Ob diese Tatsache allerdings mit den Freien Wählern zu begründen ist, kann indizienhaft mit dem Vergleich der Entwicklung der Ergebnisse der Freien Wähler und der Partei DIE LINKE belegt bzw. widerlegt werden.

Demnach stellen sich die Ergebnisse im Vergleich 2004 und 2009 wie folgt dar:

	2004		2009		Entwicklung	
	Wahlergebnis in %	Anteil an Wahlberechtigten in %	Wahlergebnis in %	Anteil an Wahlberechtigten in %	Wahlergebnis in %	Anteil an Wahlberechtigten in %
LINKE	24,6	11,7	20,7	10,7	-2,9	-1,0
Freie Wähler ¹⁴	10,7	5,1	12,3	6,2	+1,6	+1,1

Dies kann ein Hinweis auf einen Zusammenhang darstellen. Allerdings ist bei einer landesweiten Betrachtung die Differenz zwischen 2004 und 2009 zu gering, um belastbare Rückschlüsse zuzulassen. Weiterhin könnte der Stimmenverlust der Partei DIE LINKE auch mit dem Wahlergebnis der SPD erklärt werden, die wiederum im Jahr 2004 deutlich verlor. In dem Jahr gewann die damalige PDS hingegen deutlich hinzu.

	2004		2009		Entwicklung	
	Wahlergebnis in %	Anteil an Wahlberechtigten in %	Wahlergebnis in %	Anteil an Wahlberechtigten in %	Wahlergebnis in %	Anteil an Wahlberechtigten in %
LINKE	24,6	11,7	20,7	10,7	-2,9	-1,0
SPD	15,6	7,4	20,3	10,2	+4,7	+2,8

¹⁴ alle unter Sonstige gefassten Wählergruppen ohne NPd

Bei einer Einzelbetrachtung einzelner Landkreise zeigt sich vielmehr, dass kein Zusammenhang zwischen dem Wahlergebnis der Partei DIE LINKE und dem der Freien Wähler oder anderer freier Wählergruppen existiert oder allenfalls in Einzelfällen nachweisbar ist.

In Gotha etwa verlor DIE LINKE gegenüber 2004 zur Wahl des Kreistages 7,5%. Die 2004 und 2009 antretende Bürgerinitiative (Kommunalabgaben) verlor 4,2%, von denen augenscheinlich die neuantretenden Freien Wähler mit einem Stimmergebnis von 5,3% profitierten.

Auch im Landkreis Schmalkalden-Meiningen ist der Verlust der Partei DIE LINKE (-6,9%) nicht mit dem Ergebnis der Freien Wähler zu begründen, die ebenso 3,1% verloren.

Aber auch in Weimar und Suhl, in denen freie Wählergruppen im Jahr 2004 zum Teil fulminante Ergebnisse erzielten, konnte DIE LINKE trotz im Jahr 2009 zu verzeichnender Verluste bei den freien Wählergruppen keine nennenswerten Steigerungen erzielen, im Gegenteil, auch DIE LINKE, wenngleich unterdurchschnittlich, verlor an Wählerakzeptanz.

Im Saale-Holzland-Kreis, in dem DIE LINKE ihr bestes Wahlergebnis im Vergleich mit dem Jahr 2004 (+3,4%) erzielte, traten zwei freie Wählergruppen an, die ihren Stimmenanteil sogar um 0,1% steigern konnten.

Für die Landeshauptstadt gilt trotz des deutlichen Verlustes der Partei DIE LINKE (-12,7%) und dem gleichzeitigen erstmaligen Antritt der Freien Wähler und deren Wahlerfolg mit 8,2%, dass der Verlust der Partei DIE LINKE gegenüber 2004 wohl eher auf den Zugewinn der SPD von nahezu 17% zurückzuführen ist.

Insbesondere auch vor dem Hintergrund der Unterschiedlichkeit der Freien Wähler und der freien Wählergruppen, von rechtskonservativ bis radikal links, und der dargestellten Wahlergebnisse kann keine allgemeingültige und belastbare Aussage abgeleitet werden, wonach DIE LINKE vom Wahlantritt freier Wählergruppen negativ betroffen ist.

1.5. Auswirkung von Spitzenkandidaturen

Unbestritten haben die Kandidaturen von Landräten und Oberbürgermeistern auf den Listen für die Wahlen zu den Kreistagen und den Stadträten der kreisfreien Städte dazu geführt, dass die die Wahl nicht annehmenden Amtsinhaber, die kraft Amtes bereits Mitglied des Kreistages oder des Stadtrates sind, einen ganz erheblichen Stimmenanteil auf sich vereinigen konnten. Es ist auch davon auszugehen, dass durch diesen Amtsbonus die jeweils unterstützte Partei profitierte.

Nicht geteilt werden kann die Aussage, dass Wähler – von Einzelfällen einmal abgesehen – signifikant häufig davon ausgehen, dass der jeweilige Landrat bzw. Oberbürgermeister selbst zur Wahl stand, ohne damit die Behauptung aufzustellen, dass sämtliche Wähler über die Umstrittenheit dieser sogenannten „Scheinkandidaturen“ aufgeklärt sind.

Die stärkere Bereitschaft zur Unterstützung eines Amtsinhabers wird auch dort deutlich, wo der Amtsinhaber selbst nicht kandidierte. So erzielte bspw. die SPD in Gotha mit 13,1% einen erheblichen Zugewinn, ohne dass der Oberbürgermeister selbst kandidierte, während dieser bei der Wahl zum Kreistag einen ganz erheblichen Anteil der abgegebenen Stimmen auf sich vereinen konnte: Knut Kreuch erzielte als Einzelner 16,6% aller abgegebenen Stimmen.

Dieses Beispiel macht deutlich, dass auch jenseits der Frage der Amtsinhaber die Frage von Spitzenkandidaturen eine von erheblicher Bedeutung für die Parteien ist.

Um die Rolle von Spitzenkandidaturen bei der Partei DIE LINKE zu betrachten, wurden die jeweils beiden Kreise mit den größten Verlusten und den größten Gewinnen gegenüber 2004 miteinander hinsichtlich ihrer Stimmverteilung auf die sogenannten Spitzenkandidaten auf Listenplatz eins bis drei miteinander verglichen.

	LINKE Ergebnis 2009 im Vergleich mit 2004	2009			
		Gesamtergebnis in Stimmen 2009	Anteil der ersten drei Listenplätze am Gesamtergebnis in %	Anteil des ersten Listenplatzes am Gesamtergebnis in %	Verhältnis des ersten Listenplatzes zum zweitbesten Einzelergebnis
Gotha	-7,5	26.274	66,2	27,7	1,39
Altenburg	-7,5	25.136	47,4	20,3	1,28
Schmalkalden-Meiningen	-6,9	35.322	45,8	19,0	1,29

Saale-Holzland-Kreis	+3,4	27.883	75,1	41,7	2,38
Sonneberg	+0,7	22.445	51,9	30,0	2,50

Insbesondere das in der letzten Spalte dargestellte Verhältnis des Ergebnisses des ersten Listenplatzes zum zweitbesten Einzelergebnis macht deutlich, dass es einen Zusammenhang zwischen wahrgenommenen Spitzenkandidaturen und einem guten bzw. schlechten Abschneiden gibt. Dieser Effekt wird verstärkt bzw. abgeschwächt, wenn bei der konkurrierenden SPD starke Spitzenkandidaturen vorliegen bzw. nicht vorliegen.

Die dargestellten Ergebnisse sind bis auf wenige Ausnahmen auch auf alle anderen Landkreise übertragbar.

Es sei darauf verwiesen, dass das Vorliegen einer Einzelspitzenkandidatur nicht zwingend Ausdruck des Willens der kandidierenden Partei sein muss, vielmehr ist entscheidend, ob die Kandidatur einer Kandidatin / eines Kandidaten als solche wahrgenommen wird. Darauf wiederum ist die Partei nicht ohne Einfluss.

Insbesondere im Landkreis Gotha wird bei einer vergleichenden Betrachtung der Einzelergebnisse 2004 und 2009 der vergleichsweise hohe Stimmenverlust erklärbar. Im Vergleich beider Jahre stellt sich das Ergebnis dieser Betrachtung wie folgt dar:

	LINKE Ergebnis 2009 im Vergleich mit 2004	Gesamtergebnis in Stimmen 2009	Anteil der ersten drei Listenplätze am Gesamtergebnis in %	Anteil des ersten Listenplatzes am Gesamtergebnis in %	Verhältnis des ersten Listenplatzes zum zweitbesten Einzelergebnis
2009					
Gotha	-7,5	26.274	66,2	27,7	1,39
2004					
Gotha	+7,5	38.833	69,8	37,1	2,22

Ausgehend von diesen Ergebnissen erscheint es sinnvoll, dass orientiert an wahlstrategischen Zielen die politisch gewünschte Konzentration auf mehrere Spitzenkandidaten eher zugunsten einer Konzentration auf eine Spitzenkandidatin / einen Spitzenkandidaten zurückzustellen ist. Mit der Konzentration auf eine Kandidatin / einen Kandidaten ist offensichtlich ein höheres Ergebnis möglich, vorausgesetzt na-

türlich, die Spitzenkandidatin oder der Spitzenkandidat werden als solche auch angenommen. Vor diesem Hintergrund macht es wahlstrategisch wenig Sinn, wenn sogenannte Zugpferde auf hinteren Listenplätzen platziert werden.

In diesem Zusammenhang wird die These aufgestellt, dass, wenn in Suhl die in der Öffentlichkeit als Spitzenkandidatin angesehene Ina Leukefeld statt auf Listenplatz 5 auf Listenplatz 1 durch DIE LINKE gesetzt worden wäre, ein Zugewinn an Stimmen möglich gewesen wäre.

1.6. Auswirkung der Wahlbeteiligung auf das Ergebnis der Partei DIE LINKE

Unstrittig ist, dass die geringen Wahlbeteiligungen darüber hinwegtäuschen, welche geringe Akzeptanz Parteien bei den Wählern haben. Das trifft auf alle Parteien zu, einschließlich der Partei DIE LINKE, die zu den Wahlen der Kreistage und Stadträte der kreisfreien Städte lediglich von 10,7% der Wahlberechtigten¹⁵ gewählt wurde.

Belastbare Aussagen über die Auswirkung von unterschiedlichen Wahlbeteiligungen sind nur schwer zu treffen, weil die Motivation DIE LINKE zu wählen, von so viel unterschiedlichen Faktoren abhängig ist, die wiederum auch die Motivation zur Wahl zu gehen oder nicht, maßgeblich mit beeinflussen können. Auch die bereits in einem früheren Kapitel aufgezeigte geringe Parteienbindung führt dazu, dass mehrjährige Betrachtungen auch unterschiedliche Ausgangssituationen erfassen.

Zunächst soll der Anteil der Partei DIE LINKE bei den vergangenen drei Wahlen der Kreistage und der kreisfreien Städte 1999, 2004 und 2009 im Verhältnis zur Wahlbeteiligung und zu den Wahlberechtigten dargestellt werden.

	1999		2004		2009	
	Wahlbeteiligung	Ergebnis in %	Wahlbeteiligung	Ergebnis in %	Wahlbeteiligung	Ergebnis in %
DIE LINKE	58,3%	17,9	50,6 %	24,6	53,2 %	20,7
	Wahlberechtigte	Anteil an Wahlberechtigten	Wahlberechtigte	Anteil an Wahlberechtigten		Anteil an Wahlberechtigten
	1.965.591 ¹⁶	9,7	1.960154	11,7	1.918.186	10,7
	100% ¹⁷	10,4	100%	12,4	100%	11,0

Um deutlich zu machen, wie sich unterschiedlich hohe Wahlbeteiligungen auswirken, wurde für alle Jahre der prozentuale Anteil der LINKE-Wähler an den Wahlberechtigten auf die durchschnittliche Wahlbeteiligung von 54% angerechnet und ein fiktives Wahlergebnis ermittelt.¹⁸

¹⁵ Listenreine und vollständige Stimmabgabe vorausgesetzt

¹⁶ Es wurde mit der Anzahl der erzielten Stimmen dividiert durch drei gerechnet, um vereinfacht die Anzahl der Wähler zu errechnen, die – listenreine und vollständige Stimmabgabe vorausgesetzt – DIE LINKE gewählt haben. Abweichungen gegenüber anderen Rechenverfahren sind auch darin begründet, dass nicht alle Wähler drei Stimmen abgegeben haben.

¹⁷ Diese Zahlen wurden dadurch ermittelt, dass der prozentuale Wähleranteil und die Wahlbeteiligung ins Verhältnis gesetzt wurden und auf die Anzahl aller Wahlberechtigten hochgerechnet wurde. Sie bilden damit die Grundlage für die weitere Berechnung des Wähleranteils bei einer durchschnittlich angenommenen Wahlbeteiligung.

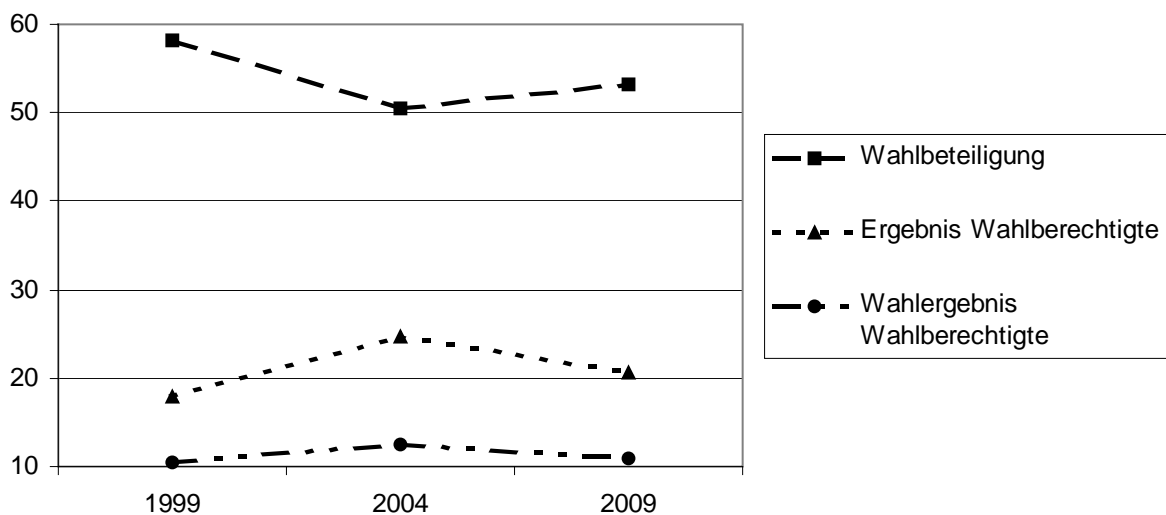
¹⁸ Dieses Rechenverfahren geht anders als das vorangegangene nicht von den erhaltenen Stimmen aus, sondern verbleibt ausschließlich auf der Ebene der prozentualen Anteile. Es bildet daher im Vergleich mit den zuvor ermittelten Zahlen lediglich eine Tendenz ab.

	1999	2004	2009
	in %	in %	in %
Angenommene durchschn. Wahlbeteiligung	54,0	54,0	54,0
Tatsächliche Wahlbeteiligung	58,3	50,6	53,2
	1999	2004	2009
Abweichung	+4,3	-3,4	-0,8
Errechneter Anteil DIE LINKE an Wahlberechtigten	10,4	12,4	11,0
DIE LINKE fiktiv	19,3	23,0	20,3
Die LINKE real	17,9	24,6	20,7
Differenz	-1,4	+1,6	+0,4

Die fiktiven Wahlergebnisse verdeutlichen, wie bei einer im Vergleich zur durchschnittlichen Wahlbeteiligung hohen Wahlbeteiligung (1999) das real erzielte Ergebnis geringer liegt als das fiktive bei dem damals tatsächlichen Anteil an den Wahlberechtigten. Umgekehrt wird deutlich, wie bei einer niedrigen Wahlbeteiligung (2004) das real erzielte Ergebnis höher liegt als das ermittelte fiktive Wahlergebnis bei dem damals tatsächlichen Anteil an den Wahlberechtigten.

Eine endgültige Aussage über die Frage, ob DIE LINKE von niedrigen Wahlbeteiligungen generell profitiert, vermag diese Darstellung nicht allein begründen können, da zunächst angenommen wurde, dass der Anteil der tatsächlich mobilisierten Wähler auch bei unterschiedlicher Wahlbeteiligung konstant bliebe.

Zur weiteren Veranschaulichung folgendes Diagramm:



Die relativ flache Kurve des Anteils der tatsächlich erreichten Wähler im Verhältnis zu den Wahlberechtigten wird durch die stark schwankende Kurve der Wahlbeteiligung

derartig verstärkt, dass das erreichte prozentuale Wahlergebnis in Abhängigkeit der Wähler eher der Widerspiegelung der Wahlbeteiligung entspricht als Ausdruck des Anteils der Wähler an den Wahlberechtigten ist.

Insbesondere vor dem Hintergrund eines Vergleiches mit den Kurvenverläufen der CDU und der SPD ist davon auszugehen, dass die Partei DIE LINKE zumindest bei der Betrachtung der Wahlen 1999, 2004 und 2009 zu den Kreistagen und Stadträten der kreisfreien Städte von der geringen Wahlbeteiligung im Wahljahr 2004 profitiert hat, insofern prozentual weniger Wähler der Partei DIE LINKEN der Wahl fern geblieben sind, als es ihrem Anteil an den Wählern entspricht. Mindestens aber ist festzustellen, dass im Wahlergebnis 2004 der tatsächliche Zugewinn von Wählern durch die geringe Wahlbeteiligung verstärkt wurde.

Oder anders ausgedrückt: Bei einem Anteil von 12,4 % der Wahlberechtigten hätte die Partei DIE LINKE im Jahr 2004 bei der Wahlbeteiligung aus dem Jahr 1999 lediglich ein Wahlergebnis von 21,3%, statt der tatsächlich erzielten 24,6 % erhalten, was immer noch einem beachtlichen Zugewinn von 3,4% entsprechen würde.

Und bei einem mit dem Ergebnis von 2004 identischen Anteil von 12,4 % der Wahlberechtigten hätte die Partei DIE LINKE im Jahr 2009 bei einer leicht gestiegenen Wahlbeteiligung gegenüber 2004 lediglich ein Wahlergebnis von 23,3 % erreicht.

Insgesamt ist es der Partei DIE LINKE nicht gelungen, bei einer gestiegenen Wahlbeteiligung prozentual Wähler aus der Gruppe der Nichtwähler hinzu zu gewinnen, es ist nicht einmal gelungen, die Wähleranzahl konstant zu halten.

Daran wird auch nochmals eine Schwäche der Partei DIE LINKE auf kommunaler Ebene deutlich. Bei den Wahlen mit einer höheren Wahlbeteiligung, wie Landtags- und Bundestagswahl, vermag DIE LINKE auch bei einer hohen Wahlbeteiligung einen hohen Anteil an den Wahlberechtigten zu mobilisieren. Bei Kommunalwahlen gelingt ihr dies keinesfalls. Dies ist umso gravierender, da das erreichbare Wählerpotential bei Kommunalenwahlen ohnehin geringer als bei Landtags- oder Bundestagswahlen scheint, wie eine vorangegangene Darstellung bereits verdeutlichte.

1.7. Ergebnisse der NPD zu den Wahlen der Kreistage und Stadträte der kreisfreien Städte

Das Wahlergebnis der rechtsextremistischen NPD zu den Kommunalwahlen war von den antifaschistischen Gruppen und von den Parteien mit Spannung erwartet. Sollte es doch ein Gradmesser sein, welches politische Kapital die NPD aus ihrer flächendeckenden Strukturbildung in den vergangenen Jahren ziehen konnte.

In einem früheren Abschnitt wurde bereits darauf hingewiesen, dass die NPD nicht flächendeckend angetreten ist und 90% ihrer errungenen Mandate dem Wegfall der 5%-Hürde verdankt.

Damit hatte sich die NPD selbst die Möglichkeit genommen, mit einem flächendeckenden Wahlkampf auf ihr eigentliches Ziel, den Einzug in den Thüringer Landtag, hinzuarbeiten. Die Ursachen für die nicht landesweite Kandidatur waren sehr unterschiedlich: In Altenburg musste der dortige Kreisverband schlicht feststellen, dass ihm die Kompetenz fehlt. Eine Einsicht, die auch bei anderen Kreisverbänden ebenso sinnvoll wie richtig gewesen wäre. Dem Kreisverband Hildburghausen untersagte der NPD Landesvorsitzende den Wahlantritt im Namen der NPD. Diese traten daraufhin geschlossen aus der Partei aus und kandidierten als neugegründetes Bündnis Zukunft Hildburghausen und erreichten 2,1 % der Stimmen und ein Kreistagsmandat. Die Ergebnisse der NPD zu den Wahlen der Kreistage und Stadträte der kreisfreien Städte:

	2009		
	Ergebnis in Stimmen	Ergebnis in %	Mandate
Stadt Erfurt	6.124	2,6	1
Stadt Gera	3.797	3,3,	2
Stadt Weimar	2.500	3,1	1
Stadt Eisenach	2.636	5,0	2
Eichsfeld	4.932	3,3	1
Nordhausen	3.360	3,2	2
Wartburgkreis	8.420	4,8	2
Kyffhäuserkreis	4.106	3,9	2
Gotha	6.183	3,4	2
Sonneberg	3.171	4,1	2
Greiz	5.514	3,8	2

Damit konnte die NPD nicht ihre erwarteten Ergebnisse erzielen. Einzig in der Stadt Eisenach übersprang die rechtsextreme Partei die im Hinblick auf die Landtagswahlen wichtige 5%-Hürde knapp. In allen anderen Landkreisen blieb sie zum Teil deutlich darunter. Das schlechteste Ergebnis erzielte die NPD in Erfurt, dort trat der NPD-Landesvorsitzende als Spitzenkandidat an.

Dass die NPD in Eisenach und im Wartburgkreis ihre besten Ergebnisse erzielte, überraschte nicht. Gehört der dortige Kreisverband zu den aktivsten im Landesverband, deren rechtsextreme Führungskader zu dem Führungsklüngel um den derzeitigen Landesvorsitzenden. Gemessen an den Erwartungen der NPD kann aber auch das dortige Ergebnis als enttäuschend aus Sicht der NPD bezeichnet werden. Ein Grundstein war mit diesem Ergebnis für den Landtagswahlkampf jedenfalls nicht gelegt.

AntifaschistInnen und politische Beobachter rechneten daraufhin der NPD auch nur noch geringe Chancen zu, am 30.08.2009 landesweit mehr als 5% der Wählerstimmen zu erreichen.

Ihr bestes Ergebnis erzielte die NPD in der Gemeinde Urnshausen (Wartburgkreis). Dort erreichten die Rechtsextremen 19,1%. Als bestes Ergebnis in einer Stadt erzielte die NPD in Lauscha 10,9%. Für die NPD kandidierte der Lauschaer Uwe Bätz-Dölle zum Kreistag. Bätz-Dölle ist DVU-Mitglied und bereits im Lauschaer Stadtrat, für die NPD kandidierte er ebenso für den Thüringer Landtag auf Listenplatz 2. Zur Stadtratswahl in Lauscha erzielte Bätz-Dölle das beste Einzelergebnis aller Bewerber. Auch das ist Ausdruck einer fehlenden Auseinandersetzung und die schleichende Verortung des Rechtsextremismus in der Gesellschaft.

Insgesamt trat die NPD nur zu drei Stadtratswahlen und die DVU nur zu einer Stadtratswahl an. Deshalb an dieser Stelle eine Übersicht.

		2009		
		Ergebnis in Stimmen	Ergebnis in %	Mandate
Greiz	NPD	998	3,6	1
Nordhausen	NPD	1.598	3,1	1
Sondershausen	NPD	1.034	3,4	1
Lauscha	DVU	561	11,8	2

Die Übersicht macht deutlich, dass man nicht von einer kommunalpolitischen Verankerung der NPD in Thüringen sprechen kann. Allerdings wird sich dies in den kom-

menden fünf Jahren verändern. Die errungenen Mandate in den Kreistagen eröffnen der NPD sich kommunalpolitische Fachkompetenz anzueignen. Sollte es nicht gelingen, in einer breiten zivilgesellschaftlichen Anstrengung rechtsextreme Ideologie zu entlarven und als unwählbar in der Gesellschaft darzustellen, ist davon auszugehen, dass die rechtsextreme NPD durch den Wegfall der Sperrklausel auf Dauer in den Kreistagen zumindest überwiegend mit einem Mandat vertreten sein wird.

2. Wahlen zu Stadt- und Gemeinderäten

DIE LINKE trat zur Wahl der Stadt- und Gemeinderäte am 07. Juni 2009 in 212 Städten und Gemeinden (2004: 252) von insgesamt 949 Städten und Gemeinden¹⁹ an.

Das Wahlergebnis für den Freistaat Thüringen der Stadt- und Gemeinderäte im Vergleich zu den Wahlen 2004:

	2009		2004		Entwicklung	
	Ergebnis in Stimmen	Ergebnis in %	Ergebnis in Stimmen	Ergebnis in %	Absolut	In %
CDU	847.519	27,7	971.697	32,6	-124.178	-4,9
LINKE	426.041	13,9	452.168	15,2	-26.127	-1,3
SPD	440.206	14,4	355.065	11,9	+85.141	+2,5
FDP	142.954	4,7	110.755	3,7	+32.199	+1,0
Grüne	70.114	2,3	55.601	1,9	+14.513	+0,4
Sonstige	1.127.767	36,9	1.033.629	34,7	+94.138	+2,2

Damit hat die Partei DIE LINKE auf Ebene der Städte und Gemeinden den Platz als zweitstärkste Partei auch im prozentualen Vergleich an die SPD abgegeben.

Bei den errungenen Mandaten stellte sich dies bereits im Jahr 2004 dar und wurde auch im Jahr 2009 bestätigt:

	Mandate 2009	Mandate 2004	Entwicklung
CDU	2.414	2.891	-477
LINKE	694	758	-64
SPD	768	846	-78
FDP	280	287	-7
Grüne	37	26	+11
Sonstige	5.408	5.298	-110

In 263 Gemeinden (2004: 254) wurde eine Mehrheitswahl durchgeführt.

Die Wahlergebnisse der Parteien auf Ebene der Stadt- und Gemeinderäte dokumentieren nur mittelbar die politische Zustimmung zu den jeweiligen programmatischen Ausrichtungen der Parteien. In erster Linie sind sie Ausdruck der Verankerung der Parteien in der Bevölkerung. Während DIE LINKE lediglich in 22% aller Städte und Gemeinden zur Wahl antrat, konnte die CDU in 462 Städten und Gemeinden (49%) Kandidaten aufstellen. Der SPD gelang dies nur in 195 Städten und Gemeinden (20,5%), erreichte landesweit aber dennoch ein besseres Ergebnis auf Ebene der Stadt- und Gemeinderäte als die Partei DIE LINKE. Gemessen an der eher geringen politischen Zustimmung für die SPD, die bei den Parlamentswahlen im

Jahr 2009 deutlich wurde, ist festzustellen, dass auf Ebene der Stadt- und Gemeinderäte die SPD stärker als die Partei DIE LINKE potentielle Wähler zu überzeugen vermag, bzw., da es sich bei den Kommunalwahlen - wie in vorangegangenen Abschnitten bereits deutlich gemacht wurde – eher um Personen- als um Parteienwahlen handelt, die SPD das überzeugendere Personenangebot unterbreiten konnte. In jedem Fall wird hier deutlich, dass das Potential der Partei DIE LINKE auf Ebene der Stadt- und Gemeinderäte keinesfalls ausgeschöpft ist. Dies trifft auf die Anzahl der Kandidaturen selbst zu, aber auch hinsichtlich des erreichbaren Wählerpotentials.

Ausgangspunkt für eine Betrachtung der tatsächlich erreichten Wähler sind 1.957.012 Wahlberechtigte 2004 und 1.915.824 Wahlberechtigte 2009. Wiederum ist darauf zu verweisen, dass die im folgenden dargestellte absolute Anzahl der Wähler der Partei DIE LINKE eine listenreine und vollständige Stimmabgabe voraussetzt. Tatsächlich dürfte die Zahl der Wähler der Partei DIE LINKE höher liegen, wenn gleich diese dann nicht mehr ausschließlich bereit sind, DIE LINKE zu wählen, sondern neben den Kandidaten der Partei DIE LINKE bereit sind, ebenso Kandidaten anderer Parteien bzw. sonstiger Wählergruppen zu wählen.

	2009			2004		
	Ergebnis in Stimmen	Unterstellte Wählerinnen	Anteil an Wahlberechtigten in %	Ergebnis in Stimmen	Unterstellte Wählerinnen	Anteil an Wahlberechtigten
CDU	847.519	282.507	14,7	971.697	323.899	16,6
LINKE	426.041	142.014	7,4	452.168	150.722	7,7
SPD	440.206	146.736	7,7	355.065	118.355	6,0
FDP	142.954	47.652	2,5	110.755	36.918	1,9
Grüne	70.114	23.372	1,2	55.601	18.534	0,9
Sonstige	1.127.767	375.923	19,6	1.033.629	344.543	17,6

In Gewinnen und Verlusten stellt sich dies wie folgt dar:

	Entwicklung absolut	Entwicklung in %
CDU	-41.392	-2,9
LINKE	-8.708	-0,3
SPD	+28.381	+1,7
FDP	+10.671	+0,6
Grüne	+4.838	+0,3
Sonstige	+31.380	+2,0

¹⁹ Jeweils ohne kreisfreie Städte

An dieser Darstellung wird deutlich, dass DIE LINKE mehr als die gegenüber 1999 im Jahr 2004 gewonnenen unterstellten 7.800 Wähler im Jahr 2009 wieder verloren hat. Das heißt, die durchaus bei anderen Wahlen gewachsene Zustimmung für die Partei DIE LINKE spiegelt sich bei den Wahlen der Stadt- und Gemeinderäte keineswegs wider. Nur ein Grund dafür ist, dass DIE LINKE in immer weniger Gemeinden antritt.

DIE LINKE wurde in den Städten Bad Blankenburg (45,2%), Hildburghausen (35,1%), Sömmerda (46,5%) und Neuhaus am Rennweg (43,5) die stärkste politische Kraft. Gegenüber der Wahl im Jahr 2004 verlor sie aber diesen Status in den Städten Arnstadt, Artern, Bad Salzungen, Hohenleuben, Kindelbrück und Lobenstein. Damit hat DIE LINKE in zwei Drittel der Fälle, in denen sie die stärkste politische Kraft gewesen ist, diesen Status wieder verloren.

Bemerkenswert ist, dass in allen Städten, in denen DIE LINKE stärkste Fraktion geworden ist, einerseits gegenüber 2004 entgegen dem Landestrend hinzugewonnen hat und andererseits DIE LINKE in diesen Städten auch den Bürgermeister stellt. Dies spricht dafür, dass DIE LINKE dort, wo sie Verantwortung übernommen hat und LINKE-Politiker erkennbar die kommunalen Belange gestalten, die Akzeptanz für DIE LINKE überdurchschnittlich ist.

Gegenteilig ist aber auch darauf zu verweisen, dass in den beiden anderen Städten, in denen DIE LINKE den Bürgermeister stellt, in Artern (39,6%, gegenüber 2004 minus 5,4%) und in Eisfeld (19,1%), DIE LINKE weniger erfolgreich abgeschnitten hat.

Auf Ebene der Stadt- und Gemeinderäte stellen die freien Wählergruppen die stärkste politische Kraft dar. Gegenüber 2004 konnten sie ihren Anteil nochmals steigern.

Zur Darstellung von Einzelergebnissen ist auf die umfangreiche Datensammlung des Thüringer Landesamtes für Statistik zu verweisen. Auf eine bloße Übernahme einzelner Daten wird verzichtet. Einige Einzelergebnisse werden im folgenden Abschnitt beispielhaft dargestellt und erörtert.

a) Arnstadt

Im Jahr 2004 wurde die damalige PDS in Arnstadt mit 30,6% bei einer sehr niedrigen Wahlbeteiligung zur stärksten Fraktion gewählt. Dieses Ergebnis war nach vorangegangenen 17,4% beachtlich, konnte aber 2009 nicht wiederholt werden. Deutlich in Arnstadt auch der Verlust der CDU, die ihre Stimmen an die eher konservative freie Wählergemeinschaft Pro Arnstadt verloren hat, die den zur Stadtratswahl kandidierenden Bürgermeister stellt.

Die SPD profitierte dagegen eher von den Verlusten der Partei DIE LINKE. Ein Vergleich mit den Landesergebnissen erübrigt sich auf der Ebene der Stadt- und Gemeinderäte, da das Landesergebnis maßgeblich dadurch beeinflusst wird, in wie vielen Gemeinden die Parteien tatsächlich kandidierten.

	2009		2004		Entwicklung	
	Ergebnis in Stimmen	Ergebnis in %	Ergebnis in Stimmen	Ergebnis in %	Absolut	In %
Wahlbeteiligung	47,8 %		42,6 %			
CDU	4.202	15,0	6.540	25,3	-2.338	-10,3
LINKE	6.899	24,7	7.892	30,6	-993	-5,9
SPD	4.515	16,1	3.354	13,0	+1.161	+3,1
FDP	1.493	5,3	1.529	5,9	-36	-0,6
BFA	2.273	8,1	1.398	5,4	+875	+2,7
Pro Arnstadt	8.604	30,7	5.115	19,8	+3.489	+10,9

Der Anteil der unterstellten Wähler – eine vollständige und listenreine Stimmabgabe vorausgesetzt – im Bezug auf die Anzahl der Wahlberechtigten stellt sich für die Partei DIE LINKE folgendermaßen dar:

2009				2004			
Wahlberechtigte	Stimmen für DIE LINKE	Wähler der LINKEN	%-Anteil Wahlberechtigte	Wahlberechtigte	Stimmen für die PDS	Wähler der PDS	%-Anteil Wahlberechtigte
20.802	6.899	2.300	11,1	21.182	7.892	2.631	12,4

Bei den zeitgleich stattfindenden Europawahlen erreichte DIE LINKE in Arnstadt ebenfalls 24,7 %. Das heißt aber auch, dass kommunalpolitisch DIE LINKE aus ihrer Stellung als stärkste Fraktion kein Kapital schlagen konnte, was sicherlich auch darin begründet liegt, dass aufgrund der vorherrschenden Mehrheitsverhältnisse diese Mehrheit nicht für kommunalpolitische spürbare Veränderungen nutzbar gewesen ist.

Auch bei der Verteilung der Stimmen auf die Einzelkandidaten wird deutlich, dass sehr personenbezogen gewählt und Stimmen eher auf viele Kandidaten verteilt wurden. Allerdings war dies bereits im Jahr 2004 der Fall, so dass der Rückgang nicht dadurch allein erklärt werden kann.

b) Artern

In Artern verlor DIE LINKE ebenfalls ihren Status als stärkste Fraktion, konnte allerdings ihren hohen Anteil halten und erreichte aufgrund der dramatisch zurückgehenden Anzahl an Wahlberechtigten (-421 entspricht -7,6%) gegenüber 2004 sogar einen höheren Anteil im Vergleich zu den Wahlberechtigten. Dieser Umstand wird verdeckt durch die gestiegene Wahlbeteiligung, die sich dennoch auf einem sehr geringen Niveau bewegt. Dies ist sicherlich auch dem Umstand geschuldet, dass in Artern lediglich drei Parteien kandidierten und sich keine freie Wählergemeinschaft zur Wahl stellte.

	2009		2004		Entwicklung	
	Ergebnis in Stimmen	Ergebnis in %	Ergebnis in Stimmen	Ergebnis in %	Absolut	In %
Wahlbeteiligung	44,9 %		38,8 %			
CDU	2.886	44,0	2.529	41,3	+357	+2,7
LINKE	2.599	39,6	2.754	45,0	-155	-5,4
SPD	1.071	16,3	840	13,7	+231	+2,6

Der Anteil der unterstellten Wähler – eine vollständige und listenreine Stimmabgabe vorausgesetzt – im Bezug auf die Anzahl der Wahlberechtigten stellt sich für die Partei DIE LINKE folgendermaßen dar:

2009				2004			
Wahlberechtigte	Stimmen für DIE LINKE	Wähler der LINKEN	%-Anteil Wahlberechtigte	Wahlberechtigte	Stimmen für die PDS	Wähler der PDS	%-Anteil Wahlberechtigte
5.083	2.599	866	17,0	5.504	2.754	918	16,7

DIE LINKE stellt in Artern den Bürgermeister, der nicht auf eine sogenannte Scheinkandidatur verzichtete und für den Stadtrat kandidierte. Er erreichte auch 1.160 Stimmen, das entspricht 387 Wählern sowie etwa 44 % der für DIE LINKE insgesamt abgegebenen Stimmen. Im Vergleich mit anderen Kandidaturen (siehe u.a. Kap. 1.5.) ein überdurchschnittlicher Wert, wenngleich – wie der nachfolgende Abschnitt zeigen wird - kein außergewöhnlich hoher Wert.

Bei der am 27.09.2009 schließlich folgenden Bürgermeisterwahl erreichte der amtierende Bürgermeister der Partei DIE LINKEN dann 1.605 Stimmen und gewann die Wahl bei nur einer Mitkonkurrentin im ersten Wahlgang knapp mit 50,3 %.

c) Bad Blankenburg

Im Jahr 2006 gewann DIE LINKE überraschend die Bürgermeisterwahl gegenüber dem amtierenden Amtsinhaber in der Stichwahl mit 50,6% bzw. mit 1.623 Stimmen. Zwei Jahre zuvor bewegte sich DIE LINKE bei der Kommunalwahl eher im Landesdurchschnitt. Mit dem Amt des Bürgermeisters konnte DIE LINKE offensichtlich überzeugen und konnte ihren Stimmenanteil mehr als verdoppeln. Noch deutlicher fällt die Steigerung aufgrund der gestiegenen Wahlbeteiligung beim Anteil an den Wahlberechtigten aus, mit 24,7% erreichte DIE LINKE hier einen herausragenden Wert.

	2009		2004		Entwicklung	
	Ergebnis in Stimmen	Ergebnis in %	Ergebnis in Stimmen	Ergebnis in %	Absolut	In %
Wahlbeteiligung	56,7 %		51,4 %			
CDU	3.104	30,2	4.131	43,0	-1.027	-12,8
LINKE	4.648	45,2	2.092	21,8	+2.556	+23,4
SPD	847	8,2	1.235	12,8	-388	-4,6
Freie Wähler	1.694	16,5	1.302	13,5	+392	+3,0
FDP	-	-	854	8,9	-	-

Der Anteil der unterstellten Wähler – eine vollständige und listenreine Stimmabgabe vorausgesetzt – im Bezug auf die Anzahl der Wahlberechtigten stellt sich für die Partei DIE LINKE folgendermaßen dar:

2009				2004			
Wahlberechtigte	Stimmen für DIE LINKE	Wähler der LINKEN	%-Anteil Wahlberechtigte	Wahlberechtigte	Stimmen für die PDS	Wähler der PDS	%-Anteil Wahlberechtigte
6.268	4.648	1.549	24,7	6.527	2.092	697	10,7

Das Ergebnis ist aber nur damit zu erklären, dass die sogenannte Scheinkandidatur des Bürgermeisters Erfolg hatte. Fast zwei Drittel der Stimmen (2.972) für DIE LINKE entfielen auf seine Person.

d) Eisfeld

Anders als in Bad Blankenburg konnte DIE LINKE in Eisfeld aus der Scheinkandidatur der Bürgermeisterin kein Kapital schlagen, lediglich der Verlust gegenüber 2004 fiel bei einer nahezu konstant gebliebenen Anzahl an Wahlberechtigten absolut eher marginal aus und verstärkte sich prozentual nur leicht aufgrund der geringfügig gestiegenen Wahlbeteiligung. Dramatisch die Abwanderung der Wähler der CDU zu den Freien Wählern.

	2009		2004		Entwicklung	
	Ergebnis in Stimmen	Ergebnis in %	Ergebnis in Stimmen	Ergebnis in %	Absolut	In %
Wahlbeteiligung	49,1 %		48,1 %			
CDU	1.337	19,1	2.921	42,7	-1.584	-23,6
LINKE	1.335	19,1	1.350	19,7	-15	-0,6
SPD	1.014	14,5	567	8,3	+447	+6,2
Freie Wähler	3.310	47,3	2.000	29,2	+1.310	+18,1

Der Anteil der unterstellten Wähler – eine vollständige und listenreine Stimmabgabe vorausgesetzt – im Bezug auf die Anzahl der Wahlberechtigten stellt sich für die Partei DIE LINKE folgendermaßen dar:

2009				2004			
Wahlberechtigte	Stimmen für DIE LINKE	Wähler der LINKEN	%-Anteil Wahlberechtigte	Wahlberechtigte	Stimmen für die PDS	Wähler der PDS	%-Anteil Wahlberechtigte
4.924	1.335	445	9,0	4.928	1.350	450	9,1

Die amtierende Bürgermeisterin kandidierte zwar für den Stadtrat, erreichte aber selbst mit 439 nur ein Drittel der Stimmen für die Liste der Partei DIE LINKE. Für eine amtierende Bürgermeisterin ein eher schlechter Wert. Auch die erreichten unterstellten 147 Wähler für die Bürgermeisterin liegen deutlich unter dem, was die Kandidatin im ersten Wahlgang zum Amt des Bürgermeisters im Jahr 2006 mit 1.042 Stimmen erreichen konnte.

Es ist aufgrund dieser Werte davon auszugehen, dass die Akzeptanz der Partei DIE LINKE aufgrund ihrer kommunalen Verantwortung gesunken ist. Dies zeigt auch ein Vergleich mit den anderen Wahlen im Jahr 2009.

	Stadtratswahl	Europawahl	Landtagswahl	Bundestagswahl
	in Prozent	in Prozent	in Prozent	in Prozent
LINKE	19,1	26,8	35,4	36,2

Gravierend dabei der Unterschied zwischen der Stadtratswahl und der zeitgleich stattfindenden Europawahl mit 7,7%. Auch bei der zeitgleich stattfindenden Wahl zum Kreistag Hildburghausen erreichte DIE LINKE in Eisfeld noch 22,8%. Auch hier kandidierte die Bürgermeisterin für DIE LINKE und erreicht in „ihrer“ Stadt lediglich 446 Stimmen.

e) Pößneck

Die Besonderheit für DIE LINKE in Pößneck liegt darin, dass ehemalige Stadträte der Partei DIE LINKE nach innerparteilichen Konflikten eine eigene freie Wählergemeinschaft gründeten und selbst zur Wahl antraten. Die SIP konnte zwar mit 3,0 % einen Sitz im Stadtrat erlangen, profitierte dabei aber vom Wegfall der 5%-Sperrklausel und blieb wohl unter den selbst gesteckten Zielen. Immerhin acht Kandidaten konnte die SIP aufstellen.

DIE LINKE verlor deutlich an Stimmen, aber auch mehr als die SIP hinzugewann. Es kann angenommen werden, dass die Kandidatur der SIP zumindest teilweise zum Verlust der Partei DIE LINKEN beigetragen hat, denn die SPD konnte in Pößneck nicht hinzugewinnen und verlor ebenfalls 494 Stimmen bzw. 3,8%.

Als ursächlich dafür kann wiederum eine sogenannte Scheinkandidatur genannt werden, der Bürgermeister kandidierte für die Wählergemeinschaft FDP/Freie Wähler und erreichte für diese auf Platz 2 gesetzt 2.757 Stimmen bzw. über 45% der Listenstimmen.

	2009		2004		Entwicklung	
	Ergebnis in Stimmen	Ergebnis in %	Ergebnis in Stimmen	Ergebnis in %	Absolut	In %
Wahlbeteiligung	46,9 %		43,0 %			
CDU	2.672	17,8	3.497	24,1	-825	-6,3
LINKE	2.517	16,7	3.226	22,2	-709	-5,5
SPD	1.830	12,2	2.324	16,0	-494	-3,8
FDP / FW	5.969	39,7	3.126	21,5	+2.843	+18,2
BIRSO	1.614	10,7	2.338	16,1	-724	-5,4
SIP	448	3,0	-	-	+448	+3,0

Der Anteil der unterstellten Wähler – eine vollständige und listenreine Stimmabgabe vorausgesetzt – im Bezug auf die Anzahl der Wahlberechtigten stellt sich für die Partei DIE LINKE folgendermaßen dar:

2009				2004			
Wahlberechtigte	Stimmen für DIE LINKE	Wähler der LINKEN	%-Anteil Wahlberechtigte	Wahlberechtigte	Stimmen für die PDS	Wähler der PDS	%-Anteil Wahlberechtigte
11.219	2.517	839	7,5	11.627	3.226	1.075	9,2

Dieses Ergebnis kann als unterdurchschnittlich für vergleichbare Städte gelten und stellt sich auch unter Hinzuziehung der Stimmen für die SIP nicht wesentlich besser dar (8,8%).

f) Sömmerda

In Sömmerda stellte DIE LINKE nicht nur die stärkste Fraktion und den Bürgermeister, sie hatte seit 2004 auch die absolute Mehrheit im Stadtrat inne. Durchaus eine Situation, die angesichts von schon 2004 sieben kandidierenden Parteien und Wählergemeinschaften Beachtung verdient. Im Jahr 2009 traten schließlich fünf Parteien und drei freie Wählergemeinschaften an.

DIE LINKE konnte ihr Ergebnis noch einmal um 0,4 % steigern und gewann auch absolut Stimmen hinzu, konnte allerdings aufgrund des Wegfalls der 5%-Sperrklausel ihre absolute Mehrheit im Stadtrat nicht verteidigen.

Die CDU musste noch mal erhebliche Verluste einstecken, die SPD verharrt auf minimalsten Niveau für eine Kreisstadt. Wiederum ein Beleg für die Konkurrenz der Partei DIE LINKEN mit der SPD. Die freien Wählergemeinschaften erreichten in Summe 17,3% (ein Zugewinn von 3,8%) ohne das Wahlergebnis der Partei DIE LINKEN zu beeinflussen. Leidtragender dürfte hier wiederum die CDU sein.

	2009		2004		Entwicklung	
	Ergebnis in Stimmen	Ergebnis in %	Ergebnis in Stimmen	Ergebnis in %	Absolut	In %
Wahlbeteiligung	48,3 %		46,9 %			
CDU	5.550	23,2	6.609	28,1	-1.059	-4,9
LINKE	11.115	46,5	10.836	46,1	+279	+0,4
SPD	1.847	7,7	1.672	7,1	+175	+0,6
FDP	620	2,6	537	2,3	+83	+0,3
Grüne	643	2,7	696	3,0	-53	-0,3
SWG	1.352	5,7	1.579	6,7	-227	-1,0
BIS	755	3,2	1.592	6,8	-837	-3,6
SBB	2.011	8,4	-	-	+2.011	+8,4

Der Anteil der unterstellten Wähler – eine vollständige und listenreine Stimmabgabe vorausgesetzt – im Bezug auf die Anzahl der Wahlberechtigten stellt sich für die Partei DIE LINKE folgendermaßen dar:

2009				2004			
Wahlberechtigte	Stimmen für DIE LINKE	Wähler der LINKEN	%-Anteil Wahlberechtigte	Wahlberechtigte	Stimmen für die PDS	Wähler der PDS	%-Anteil Wahlberechtigte
17.230	11.115	3.705	21,5	17.706	10.836	3.612	20,4

Der Bürgermeister der Partei DIE LINKE kandidierte auch hier, ohne sein Stadtratsmandat nach der Wahl annehmen zu können. Dennoch erhielt er 8.079 Stimmen und

erreichte damit außergewöhnliche 73% der Stimmen der Partei DIE LINKE. Auch gegenüber 2004 konnte er nochmals 809 Stimmen hinzugewinnen. Angesichts der insgesamt hinzugewonnenen 279 Stimmen ist festzustellen, dass sich die wahlstrategische Entscheidung für eine sogenannte Scheinkandidatur im Ergebnis auszahlt hat.

3. Wahlen der Bürgermeister und Ortsteilbürgermeister

Zeitgleich mit den Wahlen der Kreistage, Stadt- und Gemeinderäte fanden am 07.06.2009 Wahlen einiger weniger ehrenamtlicher Bürgermeister und der Ortsteilbürgermeister statt.

Insgesamt kandidierten ein Kandidat der Partei DIE LINKE für ein Bürgermeisteramt und 26 Kandidaten der Partei DIE LINKE für ein Ortsteilbürgermeisteramt.

Bislang stellte DIE LINKE 8 Ortsteilbürgermeister.

3.1. Wahlen der Bürgermeister

Allgemeines Wahlergebnis für die Wahlen der Bürgermeister im Freistaat Thüringen am 07.06.2009: Gewählt wurde in 21 Gemeinden. Die Wahlbeteiligung lag bei 64,2 % und damit deutlich über der Wahlbeteiligung der zeitgleich stattgefundenen Wahl der Gemeinderäte. Das Wahlergebnis hat kaum landesweite Relevanz, da es unabhängig der Wahlmöglichkeiten infolge von Nicht- bzw. Kandidaturen das Wahlergebnis in Abhängigkeit der Wähler bei allen Bürgermeisterwahlen ausdrückt und zudem nur in einer sehr geringen Zahl von Gemeinden Bürgermeisterwahlen stattgefunden haben.

	2009		
	Ergebnis in Stimmen	Ergebnis in %	Anzahl der Bürgermeister
CDU	6.099	33,9	4
LINKE	181	1,0	-
SPD	1.857	10,3	2
FDP	360	2,0	1
Grüne	-	-	-
Sonstige	9.495	52,8	14

Die Darstellung macht dennoch deutlich, dass die Wahlen der Bürgermeister wesentlich durch Wählergemeinschaften bzw. durch Einzelbewerber geprägt sind. Weit unterdurchschnittlich ist das Ergebnis der Partei DIE LINKE, die infolge mangelnder Kandidaturen (in lediglich 1 von 21 Gemeinden) ihr Wählerpotential nicht annähernd ansprechen konnte.

Der Vollständigkeit halber soll das Ergebnis des Bürgermeisterkandidaten der Partei DIE LINKE am 07.06.2009 Erwähnung finden:

Ort	Landkreis	Bewerber	Stimmenanteil in %
Oberland am Rennsteig	Sonneberg	Christoph Schwarze	13,8%

3.2. Wahlen der Ortsteilbürgermeister

Allgemeines Wahlergebnis für die Wahlen der Ortsteilbürgermeister im Freistaat Thüringen am 07.06.2009: Gewählt wurde in 720 Ortsteilen (2004: 660). Die Wahlbeteiligung lag bei 54,8 % (2004: 53,3 %).

	2009			2004		
	Ergebnis in Stimmen	Ergebnis in %	Anzahl der Bürgermeister	Ergebnis in Stimmen	Ergebnis in %	Anzahl der Bürgermeister
CDU	40.544	18,5	95	40.917	23,7	111
LINKE	13.932	6,4	9	7.333	4,3	8
SPD	22.024	10,1	29	17.734	10,3	34
FDP	1.283	0,6	5	1.868	1,1	6
Grüne	-	-	-	25	0,0	0
Sonstige	141.302	64,5	582	104.478	60,6	443

Auch hier dominierten die Kandidaten von Wählergemeinschaften sowie Einzelbewerber. Als Partei erreichte wiederum die CDU ein nennenswertes Ergebnis. DIE LINKE blieb weit unter ihren theoretischen Möglichkeiten, weil sie in nur 26 Ortsteilen (2004: 23) Bewerber aufstellte.

In folgenden Gemeinden konnten Bewerber der Partei DIE LINKE im ersten Wahlgang gewinnen.

Ortsteil	Ort	Landkreis	Stimmenanteil in %	Name
Immenrode	Werther	Nordhausen	98,7	Erbsmehl, Regina
Berliner Platz	Erfurt		97,0	Dr. Geist, Wolfgang
Herrenberg	Erfurt		96,4	Czentarra, Hans-Jürgen
Wiesenhügel	Erfurt		95,2	Plhak, Matthias
Pützlingen	Werther	Nordhausen	94,3	Küster, Gudrun
Großfurra	Sondershausen	Kyffhäuserkreis	89,8	Schmidt, Winfried
Weitisberga	Wurzbach	Saale-Orla-Kreis	87,5	Wiesel, Carmen
Kleinreinsdorf	Teichwolframsdorf	Greiz	81,0	Müller, Karin
Herreden	Nordhausen	Nordhausen	58,9	Becker, Wolfgang

In 17 Gemeinden verlor der/die Kandidat/in der Partei DIE LINKE für das Amt des Ortsteilbürgermeisters die Wahl.

4. Thesen zu den Ergebnissen der Partei DIE LINKE

- DIE LINKE kann auf kommunaler Ebene nur unterdurchschnittlich ihr Wählerpotential mobilisieren.
- DIE LINKE vermag auf kommunaler Ebene ihre Wähler nicht zu überzeugen, listenrein DIE LINKE zu wählen.
- DIE LINKE kann zu Wahlen auf Landes- und Bundesebene andere Wählergruppen zusätzlich erschließen, die ihr auf kommunaler Ebene nicht ihre Stimme geben.
- Es gibt keine feste Parteienbindung, die auf allen Ebenen von der Kommune bis zum Bund gleichermaßen wirkt.
- Die Kandidaturen der Freien Wähler und anderer freier Wählergruppen haben keine signifikanten Auswirkungen auf das Ergebnis der Partei DIE LINKE.
- DIE LINKE steht in unmittelbarer Konkurrenz um Wähler mit der SPD.
- Eine geringe Wahlbeteiligung verhilft allen kandidierenden Parteien gleichermaßen zu einer positiveren Darstellung erzielter Ergebnisse.
- DIE LINKE profitiert bei Kommunalwahlen besonders von einer geringen Wahlbeteiligung.
- Für erfolgreiche Kandidaturen braucht es personelle Spitzenkandidaturen Einzelner.
- Scheinkandidaturen haben erhebliche Auswirkungen auf das Wahlergebnis. Ihr wahlstrategischer Erfolg ist in jedem Fall abhängig von der Akzeptanz der Amtsinhaber.
- Dort wo DIE LINKE die größte Fraktion ist und gleichzeitig Verantwortung als Bürgermeister trägt, ist sie in der Lage, ihre Mehrheiten zu festigen.
- DIE LINKE ist in der Fläche, bei Wahlen zu den Gemeinderäten deutlich unterrepräsentiert.
- DIE LINKE schöpft bei den Kommunalwahlen, insbesondere bei den Gemeinderatswahlen und Wahlen der Bürgermeister und Ortsteilbürgermeister, ihr tatsächliches Wählerpotential nicht aus.



**Kommunalpolitisches Forum
Thüringen e.V.**

V.i.S.d.P.: Anke Hoffmann

Topfmarkt 4
98693 Ilmenau

0 36 77 - 2 09 69 67

www.kopofor-thuer.de
info@kopofor-thuer.de